

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Kassenkassen der Metallarbeiter Ar. 29 und 89 zu Hamburg und den freien Vereinen der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementoppreis
bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition
billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 23. Januar 1892.

Inserate die vorgespastete Zeitseite oder deren Raum 20 P.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße 12.

Frisole Streiks.

Man merkt es den Neuerungen der Unternehmerpresse an, daß wir inmitten einer niedergehenden Geschäftskonjunktur uns befinden. Sie thut ihrem Herzen gegenwärtig gar keinen Zwang an, und wären in den gesetzgebenden Körperschaften, die hier in Frage kommen, nicht überall Sozialdemokraten als Hüter der Arbeiter-Interessen vorhanden, wir dürften sicher sein, die Gesetzgebungs-maschine würde offenartiger Geschwindigkeit mit den kümmerlichen Resten des Vereins- und Koalitionsrechtes aufzuräumen, um so wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete die Arbeiter wehrlos den Unternehmer-Koalitionen preiszugeben. Buttmüller's Geist, der hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ erblickte, geht heute noch, ein moderner Banquo, in der preußischen Regierung um, und es bedurfte wirklich nicht der Herrfurth'schen Verfügung an das Berliner Polizeipräsidium, gegen den Buchdrucker-Verband einzuschreiten und ihm sogar das Erheben von Streitbeiträgen von den eigenen Mitgliedern zu verbieten, um die Arbeiter noch einmal darüber zu vergewissern, daß die Unternehmer in dieser Hinsicht von der Regierung jede Unterstützung erwarten dürfen.

Zum Glück genügt die bloße Unwesenheit der sozialdemokratischen Arbeitervertreter, Regierung und Ausbeuterthum von weiteren gesetzgeberischen Zwangsrück-schritten abzuhalten. Die Kritik und Brandmarkung der Unternehmerabsicht und des Fabrikanten-Terrorismus und die Kennzeichnung, wie die Regierung sich daneben verhält, schläge doch zu große Löcher in die Theorie der arbeiterfreundlichen Regierung des „neuen Kurses“ und der zur Sozialreform bereiten Unternehmerklasse. Da verzichtet man lieber auf neue Gesetzesbelübungen: kann man doch die vorhandenen bis an die äußerste Grenze des Zulässigen ausnützen. In dieser Hinsicht ist der Buchdruckerstreik für die Arbeiterklasse eine lehrreiche War-nung. Und angesichts dessen ist es gerade belustigend zu sehen, wie da eine Handvoll „radikaler Jungen“ sich plötzlich in der Phrase herauslösen, die Arbeiterklasse müsse auf jeden politischen Kampf verzichten, sie müsse ihre ganze Kraft auf die Gewerkschaftsbewegung werken, große Streiks brächten die Gesellschaft aus Rand und Band, ans ihnen wachse die Lösung der sozialen Frage. Große Streiks! Die Fabrikanten ließen sich's was kosten, wenn heute die deutschen Bergarbeiter und die in der Eisenindustrie z. B. beschäftigten Arbeiter zu einem Ausstand provoziert werden könnten. Große Streiks — ohne Sozialrechtsfreiheit, dafür aber Polizei und Soldaten für die Unternehmer! Hei! wie würde das rauchlose Pulver Wunder thun, wenn es zu Zusammenrottungen und Zusammenstößen mit den erbitterten Arbeitern käme, und das 7 Millimetergewehr würde die Gewerkschaftsorganisationen auf Jahrzehnte hinaus auf der Strecke lassen!

Freilich, die deutsche Arbeiterklasse ist

nicht so dummkopfisch, auf diese Münchhausen-Ideen einzugehen, sie weiß, daß sie auf dem politischen Kampfboden die Waffen zu schwingen hat für die endgültige ökonomische Befreiung, und daß sie daneben auf dem gewerkschaftlichen Boden sich organisieren muß, um sich zum Widerstande zu stärken gegenüber den Versuchen der Unternehmer, ihre Lage fortwährend zu verschlechtern und sich zu stärken zum Kampf für die langsame Verbesserungen verkürzter Arbeitszeit und besserer Löhne. Und eines dieser Kampfmittel ist der Streik, eine unter Umständen kräftige, weitreichende Waffe, niemals aber darf er Zweck des Kampfes, Zweck der Organi-sation sein!

Frisole Streiks! Gibt es denn solche? Sind denn nach unserer Auffassung nicht alle Streiks berechtigt? Ja und nein? Faßt man nur die Forderungen der Arbeiter in's Auge, das Bischen Mehrlohn und die Arbeitszeitverkürzung — gewiß, dann sind alle Streiks berechtigt. Unders aber sieht die Sache, wenn man betrachtet, daß jeder Streik seine Rückwirkung auf die ganze Arbeiterklasse ausübt. Dann ist jeder Streik frivol, der unternommen wird unter Auferlassung dieses Gefühls der Verantwortung gegenüber der gesamten Arbeiterklasse, der unternommen wird ohne gewissenhafte Prüfung und Abwägung der für den Kampf erforderlichen Kräfte und Mittel und der dem Gegner zur Verfügung stehenden Mittel, der unternommen wird ohne Rücksicht auf die allgemeine Ge-schaftslage oder unternommen wird von einer kleinen blos zum Zweck eines Streiks schnell zusammengerafften Organisation, die nach dem Kampf wieder auseinanderläuft. Alle diese Fälle kommen vor, aber sie vermindern sich in dem Maße, als die Macht der Organisation wächst, als die Möglichkeit der Organisation steigt und polizeiliche Knechtung und Bevor-mundung der Arbeiter eingeschränkt werden. Und zum Lobe der deutschen Arbeiterbewegung darf man es aussprechen, daß solche Streiks bei uns nur in ganz verschwindender Ausnahme vorkommen.

In den Augen der Unternehmer, freilich, da ist jeder Streik frivol, und die bestvorbereitet und besonders die von den Arbeitern gewonnenen, das sind die allerfrivolsten!

Wir sagten oben, man merke es der Unternehmerpresse an, wie angesichts der schlechten Geschäftszzeit den Unternehmern der Kanum gegen die Arbeiter geschworen sei. Die „Eisen-Zeitung“ z. B. bringt in der vorletzten Nummer einen Artikel über dies Thema, in dem sie ganz unverhüllt ihre innersten Wünsche verrät. Die ganze Heuchelei der Groß-industrie mit der Betteluppe der „Sozialreform“, die verbissene Wuth gegen die Streiks, welche die Forderungen und Klagen der Arbeiterklasse nicht kurzerhand, so wie die „Eisen-Zeitung“, mit dem Dreschflegel des Unternehmer-Interesses niederknüppeln, tritt zu Tage in den Eins-leitungsworten gegen die paar, ach so harmlos-lauwarmen, deutschen Pro-

fessoren und Beamten, welche die brutalsten Auswüchse des Kapitalismus mit Sälbchen und Plästerchen hinwegschmeien zu können hoffen. Da heißt es mit öhmischen Aerger:

„Die Kartheberwelt hat sich längst auch der wirtschaftlichen Fragen bemächtigt. Sie untersucht z. B. unter anderem die Ursachen der Streiks und müßt sich ab, Mittel zur Abwehr derselben zu finden. Und worin bestand das Heilmittel der Klugen und Klügsten? Wo Rauch ist, da müsse Feuer sein, so sagten sie. Wollte man also den Rauch entfernen, so müsse man seine Ursache, nämlich auch das Feuer löschen. Auf die Streiks angewandt, besagt das: Wo ein Streik ist, da ist Unzufriedenheit, und wenn die Unzufriedenheit die Ursache des Streiks ist, so mache man doch die Leute zufrieden. Das Mittel ist also sehr einfach. Die soziale Gesetzgebung hat seine Anwendung in den letzten Jahren so vielfach versucht, daß eigentlich jedem Streik radikal abgeholfen sein müßte.“

Leider, höhnt sie weiter, sei Feuer unzufrieden, sogar der Millionär, der noch mehr zusammenhamstern wolle, die natürliche Unzufriedenheit der Menschen sei überhaupt ihre größte Schwäche. Nebenbei: sonst behaupten diese kapitalistischen Soldknöche der Feuer doch immer, diese Unzufriedenheit sei der stärkste Hebel des Fortschritts, und die Forderungen des Sozialismus seien um deswillen widerfällig und widernatürlich, weil jeder Streik des Fortschrittes wegfälle, wenn alle Menschen eines gewissen Wohlstan-des, gewisser Zufriedenheit sich erfreuten.

Die „Eisen-Ztg.“ findet natürlich als Streitursachen „in erster Linie die gewerbsmäßigen Streikhezer“! Es ist das zwar ein alter, wohlbekannter hundertmal frisch aufgepuzier Ladenhüter, aber er wird immer wieder ausgeboten. Und gegenwärtig hat ein strebsamer Dr. Karl Walder in München eine Broschüre zusammengeschmiert über „Verhütung und Beilegung von Streiks“, die für die profitungrigen Patronen der „Eisen-Zeitung“ selbstverständlich gefundenes Frassen ist, denn er meint,

„es wäre nur gerecht, wenn die Urheber frivoler Streiks (die „gewerbsmäßigen Streikhezer“ der „Eisen-Ztg.“) zivil- und strafrechtlich belangt werden könnten. In der Regel werden sie zu unbemittelt sein, um mit Erfolg zivilrechtlich belangt werden zu können. Es gibt indessen Ausnahmen. Man denke z. B. an einen steinreichen Fabrikanten, der die Arbeiter seines Konkurrenten zu Vertragsbrüchen oder zu frivolen Streiks aufzutreiben läßt oder — Nein, das ist für die „Eisen-Zeitung“ zu viel. Schon der Gedanke, daß ein Fabrikant so was thun könnte, veranlaßt sie zu folgendem Entrüstungsschrei: „Anstatt ein theoretisches Beispiel zu konstruieren, hätte der Verfasser zweckmäßiger sich wohl an Thatsächliches gehalten. Unseres Wissens ist kein einziger solcher Fall bekannt.“

Die unschuldige „Eisen-Ztg.“, wie gut ihr diese naive Unwissenheit steht! Eine alte Courtisane kann nicht sitzamer über platonische Liebe plaudern! Die „Eisen-Ztg.“ weiß gar nicht, wer eigentlich den letzten großen Bergarbeiterstreik angezettelt hat. Und ihr ist auch gar nicht bekannt, daß die Leipziger Buchdruckerprinzipale mit wohlüberlegter Absicht durch Massen-Entlassungen über 500 verbands-treuer Seher den Aufruhr des jetzigen Buchdruckerstreiks provoziert haben. Von anderen Fällen wollen wir gar nicht reden, es ist ja selbstverständlich, daß die „Eisen-Ztg.“ solche Fälle nicht kennen darf, wenn sie dafür plaidiren soll, daß die Urheber, die Veraufläser, die Provokanten der Streiks gerichtlich bestraft werden sollen. Die Opfer der jahrla-ktischen Provokationen, die Arbeiter, gewiß — in's Buchhaus mit ihnen, für die Kühnmänner, Körting und die übrigen Könige der schwarzen Listen aber — das allgemeine Ehrenzeichen!

Wie sich der Verfasser jener Broschüre und die „Eisen-Zeitung“ die Bestrafung „frivoler Streikhezer“ denken, ist höchst gleichgültig, an eine Realisation dieser feig-brutalen Pläne ist Dank der politischen Energie der Arbeiterklasse nicht zu denken, und daß unter den Arbeitern auch nur ein Einziger das Gewächs dieses Unparteiischen ernst nimmt, das ist ausgeschlossen. Glaubt der Herr Doktor doch allen Ernstes, davon reden zu dürfen, daß „große, vielgelesene, ein-flußreiche Zeitungen seit Jahrzehnten eine wahrhaft arbeiterfreundliche Haltung eingenommen haben, gerechte Streiks und Forderungen der Arbeiter moralisch, vielleicht (!!) auch durch Geld-sammlungen unterstützt haben.“ Das ist so albern aufgeschnitten, daß man darüber nicht einmal lachen kann, das ist einfach langweilig und borrt. In Deutschland weiß es jedes Kind, daß es solche Blätter nur bei der — Sozialdemokratie gibt! Und das sind gerade die frivolen gewerbsmäßigen Streikhezer der „Eisen-Ztg.“

Da ist es doch viel hübscher, den Stoßaufziger der „Eisen-Ztg.“ zu hören, mit dem sie diese Brüder begrüßt:

„Der Herr Verfasser glaubt hiermit gewiß eine große That gethan zu haben. Wir fürchten nur, daß unter dem allgemeinen Stimmenrecht sich kein Reichstag finden wird, der frivolen Streikhezern zu bestrafen ge-neigt wäre. Hat man doch immer nur den Schaden, den die Arbeitgeber erleiden, im Auge, und das tut kummert sich heute kein Richter; im Gegenteil, die Arbeitgeber sind die Ausbeuter, die Arbeiter sagen es, folglich muß es wohl wahr sein. In unserem jetzigen Kurs ist es also etwas Selbstver-ständliches, wenn ab und zu die Arbeitgeber recht tüchtig ge-schädigt werden.“

Das heißt man wenigstens mit natür-würdiger Frechheit die Dinge auf den Kopf stellen, aber dieser Wuthshrei ver-

führt Einen mit der Alberheit des Geschwätz über die „frivolen Streits“ nach fabrikantischer Auffassung, und ist ein wohlverdientes Kompliment an die deutsche Arbeiterschaft. Hoch diese „frivolen Streits.“

Geschäftssozialistische Noth- behelfe und ultramontane Bu- geständnisse.

II.

Dem jämmerlichen Nothbeispiel des Herrn Professor Dr. Wagner gegenüber, welchen derselbe als Krone aller sozialpolitischen Weltethik proklamiert, bleibt seinen ultramontanen Gegnern nichts weiter übrig, als sich in die Arme der sozialdemokratischen Kritik unserer Gesellschaftszusammenhänge zu reißen. Die freiwillige Unfruchtbarkeit der Ehe, wie sie Wagner fordert, sei, so sagen sie in einem langen Artikel, der durch die ultramontane Presse geht, durchaus nicht notwendig. Die Überbevölkerung der Gegenwart sei gar keine Überbevölkerung, das heißt, sie sei nur eine relative, und entspringe daraus, daß die sozialen Verhältnisse so schlecht geordnet seien, und diese überaus fehlerhafte Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse erzeuge wirtschaftliche Noth durch Arbeitsmangel oder zu geringen Lohn. Ein Überfluss von Arbeitskräften sei gar nicht vorhanden, sondern die Art, wie die liberale Kapitalistenvirtschaft die Arbeitskräfte verbraucht, sei durchaus fehlerhaft. Einerseits würden die Arbeiter durch Überarbeit fast erdrückt, andererseits werde der Männerarbeit die billigere Frauen- und Kinderarbeit vorgezogen und dadurch natürlich Mangel an Arbeit für die Männer verschuldet. Das sei aber bei Weitem noch nicht alles. Auch die zeitliche und räumliche Vertheilung der Arbeit sei eine ganz unverständige und unwirtschaftliche. In der sogenannten Saison sei die Nachfrage nach Arbeitskräften übermäßig, während sobald die Saison vorüber ist, zu viel Angebot an Arbeitskräften und zu wenig Arbeit vorhanden sei. In die großen Städte und zur industriellen Arbeit drängten sich die Arbeitskräfte im Übermaß, während sie auf dem Lande für die ackerwirtschaftliche Arbeit überall fehlten.

Auch in der Industrie, ebenso wie im Berfehr, würden die Arbeitskräfte viel mehr als gut und nötig im Dienste des Luxus verbraucht, und dieser werde vornehmlich hervergerufen durch übermäßigen Reichtum und den Gewinn, der nicht durch produktive Arbeit erworben werde, sondern durch Spekulation und Ausbeutung der Arbeitskräfte vieler Volkskreise. Durch diese Arbeit für den Luxus werde die Arbeit der Produktion und Herbeischaffung der notwendigen Lebensmittel und der Beschaffung guter Wohnungen entzogen, und die Ausbeutung der Arbeit bedinge den zu geringen Lohn.

Die Verkehrtheit und Schädlichkeit der herrschenden Wirtschaftsweise wird so von den Herren Ultramontanen gar nicht übel gekennzeichnet. Fataler Weise haben die frommen Herren noch niemals etwas Wesentliches dazu gehabt, dieses Produktionsystem, dessen Unordnung und Unwirtschaftlichkeit sie so gut kennen, zu ändern und zu bessern, und in der Ausbeutung der Arbeitskräfte im Allgemeinen, der Frauen- und Kinderarbeit im Besonderen, — in der Überbeanspruchung der Arbeitskraft durch zu lange Arbeitszeit, — in der schlechten Löhnnung der Arbeiter u. s. w. geben die ultramontanen Arbeitgeber weder den Konseriativen, noch den Liberalen irgend etwas nach. Und wie die einzelnen Mitglieder der heutigen Klasse, welche zu der Zentrumspartei und deren Trossen gehören, so erwies sich auch die Partei selbst als ganz und gar auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsweise stehend und

verharrend. Die Entrüstung dieser Herren über die schlechte Ordnung und die Besserungsbedürftigkeit der sozialen Verhältnisse steht nur auf dem Papiere. Leicht beieinander zu thun die katholischen Gedanken der Ultramontanen und der Sozialdemokraten, doch hart im Raumne der parlamentarischen Körperschaften stoßen sich die praktischen gesetzgebenden Bestrebungen der beiden Parteien. Besetzung aller Plausibilitätsmöglichkeit durch Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz, das ist das klare und unzweideutige Ziel, dem die Sozialdemokratie sowohl in der Theorie wie in der Praxis zustrebt; Schutz des kapitalistischen Privateigentums um jeden Preis, dieses ist die Hauptaufgabe, welcher die Partei der katholischen Cleriker in der Praxis auf das allerafflueste dient, während sie sich bemüht, in der Theorie volkstümlich und arbeiterfreundlich zu schillern und das Arbeitervolk durch die denkbaren unbedeutendsten Zugeständnisse für die Ondlung fernerer Ausbeutung zu gewinnen.

Neuerst angenehm für uns ist es inbessen, daß die guten Leute, so sällau sie auch sonst sein sollen, oft genug ein wenig zu weit gehen in ihren sozialpolitischen Zugeständnissen, und allerlei ausplaudern, was Wasser auf unsere Mühlen liefert. So geschieht es z. B. noch an einer anderen Stelle jenes Artikels, in welchem sich einer der Haunimitarbeiter der ultramontanen Presse Deutschlands gegen den christlich-sozialen Professor Dr. Wagner lehrt. Im Eifer seines Bemühens, den Katholizismus zu widerlegen, der nichts weiter zur Errettung des deutschen Volkes aus seiner Verarmung als legitimes und bestes Mittel zu empfehlen weiß, als freiwillige Unfruchtbarkeit der Ehe, und dabei das vergißt, was die Ultramontanen anpreisen als letzte Rettung, die Kirche und ihre angeblich so großartigen Heilsmitte, — räumt er ein, daß Deutschland sehr wohl in der Lage wäre, so viel Nahrungsmittel selbst zu produzieren, als es für die Gesamtheit seiner Bewohner bedarf.

Wagner hatte behauptet: „Trotz alledem und alledem wird sich eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in dem Maße zu erzielen lassen, wie die rapid wachsende Bevölkerung des deutschen Vaterlandes sie erheischt.“

Dem gegenüber entchlüpft jenem das Geheimnis, es sei im Gegentheil sehr wohl möglich, daß Deutschland die notwendigen Lebensmittel selbst hervorbringe; einmal gebe ja auch Wagner zu, daß, wenn nur die Mehrzahl der deutschen Landwirtschaftsbetriebe auf der Höhe der schon gegenwärtig erreichbaren Leistungsfähigkeit sich befände, sie zur Deckung des Gesamtbedarfes an Brodtorn sehr wohl im Stande sein würden, außerdem aber könne die Leistungsfähigkeit des Bodens jedenfalls noch ganz erheblich gesteigert werden. In Frankreich sei z. B. gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Ertrag eines mit Weizen besäten Hektars Land auf 7—8 Hektoliter angegeschlagen worden; in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts aber habe der Ertrag des Hektars durchschnittlich 13 Hektoliter, und schon 1882 mehr als 17 Hektoliter betragen.

Eine beträchtliche Steigerung der Ertragsfähigkeit des Bodens sei dementsprechend auch in Deutschland möglich, und zwar eine derartige, daß das gesamte Volk ernährt werden könnte, auch wenn gar kein neuer Boden mehr zur Bebauung herangezogen würde. Damit haben die Ultramontanen zweifellos recht —, sie sagen jedoch, wie sie das fast immer zu thun pflegen, nur einen Theil der Wahrheit.

Diejenigen Leute, welche verschulden,

dass die Landwirtschaft in Deutschland dem deutschen Volke die Nahrungsmittel in ungenügender Menge und zu sehr viel zu teuerem Preise liefert, sind, wie erst vor Kurzem der Konservative, aber ehrliche Sozialist Dr. Rudolf Meyer in der sozialdemokratischen „Neuen Zeit“ konstatierte, die Großgrundbesitzer, welche lediglich zu dem schamlos egoistischen Zweck absichtlich zu wenig Getreide produzieren, um für das Getreide die hohen Preise zu erhalten.

Die Großgrundbesitzer also sind diejenigen Menschen, denen ein sehr empfindlicher Theil des herrschenden Elends auf's Leonto zu schreiben ist. Die Großgrundbesitzer aber gehören in gar nicht unbeträchtlicher Zahl zur ultramontanen Partei, und deswegen sprechen die Ultramontanen auch da, wo sie dem ver andern christlichen Konfessionen angehörenden Kathedersozialisten gegenüber aus der Schule schwatzen, nur von der Leistungsfähigkeit des Bodens und von der Unordnung des liberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems in der Industrie und schweigen vorsichtig von dem bösen Willen und der verbrecherischen Selbstsucht der Großgrundbesitzer.

Diese Unterlassung auch bei dieser Gelegenheit zu konstatiren, war unsere Sache.

Der internationale sozialistische Arbeiter-Kongress von 1893.

Nachdem sowohl die Ende Oktober letzten Jahres in Luzern stattgehabte Delegiertenversammlung des Grüttivereins als der Ende November in Olten versammelte sozialdemokratische Parteitag ihren Komitee's den Auftrag ertheilt, gemeinschaftlich mit dem Gewerkschaftsbund die Vorbereitungen zum internationalen Kongress des Jahres 1893 beförderlich in die Hand zu nehmen, hat der Vorstand des Gewerkschaftsbundes in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres die beiden Komitee's auf den Vormittag zu einer Konferenz nach Zürich eingeladen, um die einleitenden Schritte zur Organisation des nächstjährigen internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses zu thun.

In dieser Konferenz ergab sich eine höchst erfreuliche Übereinstimmung der Ansichten über das, was zunächst zu thun sei.

Was den Kongressort betrifft, so war man einstimmig für Zürich. Die Berner Genossen insbesondere erklärten, daß sie nie daran gedacht hätten, mit Zürich ernstlich konkurrieren zu wollen. Es ist freilich richtig, daß, wie Bern eine spezifisch schweizerische Stadt ist, so auch die dortige staatliche Arbeiterbewegung einen durchaus schweizerischen Charakter hat, und insofern wäre es gewiß für unsere ausländischen Genossen von Interesse gewesen, auf Berner Boden zum nächsten internationalen Proletarierparlament zusammenzutreten. Auch der Umstand, daß Bern als Bundesstadt und Sitz der Landesbehörden (z. B. Generalanwalt) die beste Gelegenheit geboten hätte, den leitenden Kreisen unseres Landes die „rothen Revoluzzer“ einmal in Bern zu zeigen, hätte zu Gunsten dieses Ortes in's Gewicht fallen können. Allein alle praktischen Momente — und auf die kommt es in dieser Frage ja allein an — sprachen für Zürich, daß nun einmal nicht bloß in der Schweiz, sondern in ganz Europa als Vorort der Demokratie gilt, vielen unserer Genossen aus allen Ländern aus ihren Lehr- und (freiwilligen oder unfreiwilligen) Wanderjahren persönlich bekannt und lieb ist, die starke Arbeiterbewegung unseres Landes besitzt, einen durchaus internationalen Charakter trügt und über die meisten Kreise verfügt, die nun einmal nötig sind, um einen internationalen Kongress richtig zu organisieren und durchzuführen. Wenn

wir unsere Genossen darum nach Zürich einzuladen, so verbinden wir damit zugleich den Gedanken der Reueanche für das gegen den s. Z. nach Zürich einkommenden internationalen Kongress erlossene Verbote und beweisen so unseren Gefüngsengenossen von nah und fern, daß jene Seiten vorbei sind und unsere Ideen seither also auch in der Schweiz Fortschritte gemacht haben.

Und da das Sprichwort sagt: Kein Geld, kein Schweizer, haben wir auch gleich an die Bezeichnung der Geldmittel gedacht, die so ein Kongress verlangt. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hatte bereits ein provisorisches Budget aufgestellt und zugleich auf Mittel und Wege Bedacht genommen, die nötigen Summen aufzubringen. Sein Vorschlag, zu diesem Zwecke Märkte herzstellen und durch die verschiedenen Arbeitervereine unseres Landes vertreiben zu lassen, fand allgemeine Zustimmung.

In Betreff der Zusammensetzung des Organisations-Komitee's des Kongresses wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, je 5 in Zürich wohnende Mitglieder jedes der drei Centralverbände in dasselbe zu wählen, und am Ende dieser Woche werden sich diese 15 Männer konstituieren, um sich dann sofort den Genossen des In- und Auslandes durch einen Aufruf vorzustellen. Aus den betreffenden Namen wird man ersehen, daß die Organisation des nächsten internationalen Arbeiterkongresses in zuverlässigen Händen liegt, welche volle Garantie bieten für tüchtige, gewissenhafte Arbeit.

Was schließlich die Ausführung des Beschlusses des Brüsseler Kongresses, betreffend das internationale Arbeiter-Sekretariat, betrifft, so wurde, wiederum einstimmig, der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes, r. n. der Sekretär desselben, bis auf Weiteres mit dieser Mission betraut.

Endlich benützte man den günstigen Anlaß noch dazu, eine einheitliche Organisation der diesjährigen Maidemonstration zu inszenieren, um einen möglichst imposanten Verlauf und nachhaltigen Erfolg derselben zu sichern. Mit der Ausführung der hierzu gehörigen Anordnungen wurden die Berner betraut, deren vor einem und zwei Jahren bewiesene Energie uns für einen kräftigen und geschickten Vollzug bürgt.

Unsere Genossen mögen daraus erssehen, daß wir Schweizer in der That, wie wir sowohl in Paris als in Brüssel je und je einheitlich aufgetreten, auch bei der Organisation des nächstjährigen Kongresses einträchtig zusammenarbeiten gewillt sind, um so viel an uns liegt, treu mitzuwirken an der endlichen Befreiung der Völker aus der Sklaverei des Kapitalismus.

St. Gallen, 11. Januar 1892.

Paul Brandt.

Aus der Schweiz.

Über die Lage der schweizerischen Maschinen-Industrie im Jahre 1890 äußert sich der soeben veröffentlichte Bericht des „Bernscher Schweizer Maschinenindustrieller“ recht befriedigend d. Die Maschinenindustrie war demnach nicht nur sehr gut beschäftigt, sondern sie hatte unerledigte Aufträge im Buche genug, um damit ihre Produktionsfähigkeit auf mehrere Monate bis zum Neujahrsfest anzuspannen. Auch ließen im ersten Halbjahr noch immer zahlreiche Aufträge von Belang ein, im zweiten Halbjahr dagegen fingen dieselben an sich zu mindern und namentlich die Aufträge auf große Installationen wurden spärlicher. Als litiganten, welche zu der unerwartet raschen Verflüchtigung der günstigen Geschäftslage führten, werden bezeichnet zunächst eine gewisse Sättigung des Bedarfs, dann der kontinuirliche und teilweise rasche Rückgang der Preise der Rohmaterialien und schließlich die wenig

zuberechtigte Lage des Geldmarktes seit den Verlegenheiten des Londoner Marktes. Die Maschinenindustrie hat im Berichtsjahr einen Gesamlexport im Werthe von 22 411 487 Frs., gehabt, d. h. 1 753 772 Frs. mehr als im Vorjahr. Von diesen Mehr entfällt ungefähr die Hälfte auf die Rubrik „Webstühle und Webmaschinen und der Rest auf den allgemeinen Maschinenbau, Mülleret und landwirtschaftliche Maschinen- und Dampfkessel. Vier Fünftel des Export-Zinnahe fallen auf Deutschland, der größte Theil des Restes auf überseeische Länder. Ausländeranlagen ist der Export nach Frankreich, Italien und Russland. „Bezüglich Frankreichs“, heißt es im Berichte, „ist diese Thatsache um so auffallender und betrübender als wir nach den glänzenden Erfolgen an der Pariser Ausstellung mit Recht gehofft hatten, in diesem Lande nun doch festen Fuß fassen zu können.“

Der Import von Maschinen betrug 18 155 179 Frs., um 4 706 277 Frs. mehr gegenüber 1889. Davon entfällt weitauß der größte Theil auf Deutschland. Im Jahre 1885 hielten sich Export und Import im Verkehr mit Deutschland noch die Wage, nun beträgt der Import aus Deutschland 11 614 707 Frs. und der Export nach Deutschland 7 070 678 Frs. Der Import hat also zugenommen um 6 583 626 Frs., der Export nur um 1 884 520 Frs.

In dem besonderen Bericht über die Lokomotiv-Fabrikation wird ausgeführt, daß 1889 bereits das Jahr 1890 mit festen Bestellungen ausgefüllt gewesen sei. Es wird dann mit hoher Befriedigung konstatiert, daß nicht nur für 1891, sowie auch für 1892, sondern für einen großen Theil von 1893 feste Aufträge schon vorhanden seien und daß alle disponiblen Kräfte angestrengt werden müssen, um sämtlichen Anforderungen gerecht werden zu können.

Die Bestellungen stammen in der Hauptsache von einigen größeren schweizerischen Eisenbahngesellschaften, sowie von neuen Gebirgsbahnen und nur einige Lieferungen sind für ausländische Bahnen bestimmt.

Die erzielten Preise werden als günstig und ziemlich höher als im Vorjahr bezeichnet, obgleich die Materialpreise, namentlich diejenigen der großen deutschen Bezugssquellen etwas zurückgegangen sind. Dagegen seien andererseits die Arbeitslöhne in weit erheblicherem Maße gestiegen, was eine nicht ungewöhnliche Preissteigerung des fertigen Fabrikats zur Folge haben müsste. Einige Sätze weiter unten heißt es jedoch im Gegensatz hierzu, daß „die Löhnen im Allgemeinen dieselben geblieben sind“, jedoch ihre Tendenz eine entschieden steigende ist. — Welche Behauptung ist nun wahr? Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse sind beide Behauptungen unrichtig. Die Löhne in der Lokomotivfabrik Winterthur sind 1890 tatsächlich einer Lohnbewegung um ein Geringes erhöht worden — das ist die Wahrheit.

Im Gegensatz zum Bericht der Maschinen-Industriellen, die keinen positiven Erfolg durch die Pariser Ausstellung in Frankreich errungen zu haben behaupten, führt der Bericht der Lokomotiv-Fabrikation aus, daß die tatsächliche Besserung 1890 „nicht zum geringsten Theil dem Einflusse der Pariser Weltausstellung zu verdanken sei, wo die schweizer. Maschinen-Industrie durch ihre hervorragenden Leistungen Besucher und Käufer angezogen hat.“ Speziell auf die Gießerei hat auch der Aufschwung der elektrischen Branche einen günstigen Einfluß ausgeübt, indem die vielen Neuanlagen bedeutende Ansprüche an sie stellten.

Unter Anderem wird auch an die Einsicht der Arbeiter appelliert, „daß es für ihre eigene Existenz so gut wie für die-

jenige des Fabrikanten nothwendig ist, daß beide einträchtig miteinander sich der ausländischen Konkurrenz erwehren, wenn sie nicht an ihrer Lebensfähigkeit einzubüßen wollen.“ — Die Erhaltung und Steigerung ihrer „Lebensfähigkeit“ erblicken die organisierten Metallarbeiter der Schweiz jedoch kaum in der „Harmonie“ mit dem Kapital, sondern in der Weckung und Förderung des internationalen Solidaritätsgefühls gegen das internationale Kapital. Damit wird auch das Problem der Abwehr „ausländischer Konkurrenz“ gelöst werden.

Zur Agitation:

Wie aus der Bekanntmachung des Vorstandes in voriger Nummer ersichtlich, weist unser Verband nach fünfmonatlichem Bestehen bereits eine stattliche Anzahl von Verwaltungsstellen und Mitgliedern auf. Es ist damit jetzt schon die Lebensfähigkeit und Zweckmäßigkeit des Verbandes, welche von den verschiedensten Seiten angezeifelt wurde, konstatirt. Diese Thatsache ist geeignet, alle Dienstleute, welche zu diesem Resultat beigetragen haben, mit Befriedigung zu erfüllen.

Damit wollen wir aber nicht etwa sagen, daß an unserer Organisation nicht noch Manches zu verbessern sei, denn keine menschliche Schöpfung ist vollkommen. In welcher Richtung Verbesserungen zu schaffen sind, wird erst nach einem längeren Zeitraum zu beurtheilen möglich sein. Vorerst wird unsere Hauptaufgabe darin bestehen müssen, die Agitation für den Verband intensiver als bisher zu betreiben. In dieser Beziehung steht uns ein weites Feld offen, daß nur beackert zu werden braucht, um reiche Früchte zu tragen. Es sind noch viele Menge sehr bedeutender Orte in Deutschland vorhanden, wo wir keine Verwaltungsstelle besitzen. Die Zahl der kleineren Orte, wo es möglich sein wird, Organisationen zu schaffen, ist dagegen noch viel größer.

Nun wird uns Mancher sagen, daß zur Agitation Geld und wieder Geld erforderlich sei, und der Verband besitzt augenblicklich solches nicht, um eine ausgedehnte Agitation betreiben zu können. Dieser Einwand hat ja vielleicht eine gewisse Berechtigung, denn der Verband hat ohne Zweifel eine schlimme Jugendzeit durchzumachen; abgesehen davon, daß er von Anfang an gleich eine Anzahl schwererer Verpflichtungen zu erfüllen hatte, kommt die herrschende flache Geschäftslage hinzu, welche die Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Die Summen, welche der Verband bisher nur allein an Wanderaufstützung zahlte, sind bedeutend, in den ersten Monaten waren sie unverhältnismäßig hoch. Wir glauben aber aus verschiedenen Anzeichen schließen zu dürfen, daß in dieser Hinsicht das Schlimmste hinter uns liegt.

Wie die finanziellen Verhältnisse des Verbandes gelagert sind, ist natürlich nicht ohne Weiteres aus den monatlichen Abrechnungen des Vorstandes zu ersehen, dies wird erst aus der Gesamtrechnung, aus der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben in den sämtlichen Verwaltungsstellen vom 1. August bis 31. Dezember, welche in einigen Monaten erscheinen wird, möglich sein. Und da glauben wir mit gutem Grund sagen zu können, daß der Verband keine Unterbilanz aufzuweisen haben wird. Denn es kommt uns so vor, als ob manche Ortsbeamte sich nur schwer von dem „Mammon“ trennen können und deshalb mehr dieses „nothwendigen Uebels“ am Orte liegen lassen als nötig ist. Der Hauptfoxe aber würde es wohl thun, wenn ihn alle verfügbaren Mittel zuschießen würden; wir sind überzeugt, daß dann mit einem Schlag nicht nur alle vorhandenen Verbindlichkeiten, welche der

Verband begreiflicher Weise noch hat, gedeckt werden könnten, sondern daß auch noch für andernzeitige Zwecke Geld vorhanden wäre. Also, werthe Verbandsgenossen, schafft die nötige Munition herbei!

Was nun die Agitation selbst betrifft, so wollen wir einmal im Lande Umschau halten über die Orie, welche unserer Meinung nach baldigst von uns „heimgesucht“ und Verbindungen mit ihnen angelüpft werden sollten.

In der Provinz Ostpreußen ist es das einzige Königsberg, wo wir Fuß aefast haben. Mir nennen nun bedeutenden Städten, in denen die Metallindustrie heimisch ist und in denen namentlich Maschinenfabrikation betrieben wird, nur Memel, 19,300 Einwohner, Tilsit, 24,600 Einwohner, Gumbinnen, 12,000 Einwohner, Dömitzburg, 22,000 Einwohner, Lyck, 8600 Einwohner, Rastenburg, 7200 Einwohner, Wehlau, 8300 Einwohner, Allenstein, 19,200 Einwohner.

In Westpreußen besitzen wir Verwaltungsstellen in Danzig und Elbing; es kommen hier in Betracht Thorn, 27,000 Einwohner, Marienburg, 10,300 Einwohner, Dirschau, 11,900 Einw., Graubenz a. d. Weichsel, 20,400 Einw., Külm, 11,200 Einw., Marienwerder, 8000 Einw.

In Posen besitzen wir noch gar keine Verbindungen. Die bedeutendsten Orte sind: Posen, 69,600 Einw., Bromberg, 41,500 Einw., Gnesen, 18,100 Einw., Inowrazlaw (Sung-Breslau), 16,500 Einw., Rawitsch, 12,400 Einw., Schneidemühl, 14,000 Einw.

Die Provinz Schlesien bietet noch das weiteste Arbeitsfeld, bis jetzt haben wir Verwaltungsstellen nur in Breslau, Görlitz, Hoyne, Brieg und Baruschowitz. Folgende Orte besitzen u. a. eine bedeutende Metallindustrie: Liegnitz, 46,900 Einw., Schweidnitz, 24,700 Einw., Gleiwitz, 19,700 Einw., Beuthen (Oberschlesien), 30,800 Einw., Bunzlau, 12,900 Einw., Glatz, 13,500 Einw., Glogau, 20,500 Einw., Grünberg, 16,100 Einw., Hirschberg, 16,200 Einw., Jauer, 11,600 Kattowitz, 16,500 Einw., Knigglütte, 36,500 Einw., Lauban, 12,000 Einw., Laurahütte, 9200 E., Leobschütz, 12,600 Einw., Neisse, 22,400 Einw., Neustadt in Oberschlesien, 17,600 Einw., Oels, 10,200 Einw., Oppeln, 19,200 Einw., Ratibor, 20,700 Einw., Striegau, 12,400 Einw., Walzenburg, 13,400 Einw., Zabrze, 14,000 Einw., Altwasser, 8100 Einw., Borsigwerk, 6100 Einw., Frankenstein, 8700 Einw., Goldberg, 6700 Einw., Greifenberg 3000 Einw., Kozenau, 3200 Einw., Namslau, 6100 Einw., Neusalz a. d. O. 8500 Einw., Sprottau, 7600 Einw., Tarnowitz, 8500 Einwohner.

(Schluß folgt.)

Eine bemerkenswerthe Entscheidung

hat die I. Regierung von Mittelfranken erlassen. Der Bürgermeister von Erlangen, Herr Dr. Schuh, ist bekanntlich den Arbeiterorganisationen nichts weniger als gewogen, unter seiner Regierung hatten besonders die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht wenig zu leiden. Verschiedene gewerkschaftliche Vereinigungen, die unbeanstanden in den verschiedensten Orten Deutschlands bestehen, wurden von Herrn Bürgermeister Schuh in Erlangen nicht geduldet oder als politische Vereine erklärt. Unter anderem wurde auch durch Magistratsbeschluß vom 3. September v. J. die Filiale des Verbandes aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde an die I. Regierung gerichtet und von dieser am 11. Dezember vor. J. folgende Entschließung

nach vorausgegangener Verhandlung erlassen:

1) Es sei der angeschlagene Beschluß des Stadtmagistrats Erlangen außer Wirksamkeit zu setzen.

2) Beschwerdeführer habe die Kosten des Verfahrens II. Instanz zu tragen, wobei jedoch Gebühren außer Ansatz bleiben.

Die Entscheidungsgründe sind wörtlich folgende:

Am 9. Juni 1890 machte der Spinnfabrikarbeiter Johann Vogt zu Erlangen beim dortigen Stadtmagistrat die Anzeige, daß sich dasselbst ein Textilarbeiter-Fachverein für Erlangen und Umgegend gebildet habe, wobei derselbe zugleich ein Exemplar der Vereinsstatuten und ein Verzeichniß der Vereins-Vorstandsmitglieder übergebe.

Mit Plenarbeschluß des Magistrats Erlangen vom 12. Juni 1890 wurde der genannte Verein, weil sich dessen Zweck ausschließlich der vorgelegten Statuten auch öffentliche Angelegenheiten erstrecke, als politischer Verein erklärt, dieser Beschluß jedoch auf erhobene Verurteilung des Vereinsvorstandes Johann Vogt durch Regierungs-Entscheidung vom 30. April 1891 außer Wirksamkeit gesetzt. In dieser Regierungs-Entscheidung ist ausgeführt, daß zur Zeit, insbesondere aus den übergehenen Statuten, sowie aus dem seitherigen Verlaufe der eigentlichen Vereinsversammlungen genügende Vorausestellungen nicht entnommen werden können, um fraglichen Verein für einen politischen zu erachten, daß vielmehr diese Voraussetzungen erst dann als gegeben erachtet werden können, wenn Erfahrungen gemacht würden, daß der Fachverein politische Zwecke verfolgt oder daß er zu Versammlungen öffentliche oder allgemeine Einladungen erlässt, worin öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen.

Vorstehende Entscheidung wurde dem Vorstande, Johann Vogt, am 12. Mai 1891 eröffnet.

Am 24. August 1891 machte derselbe beim Stadtmagistrat Erlangen die Anzeige, daß sich der Fachverein der Textilarbeiter für Erlangen und Umgebung aufgestellt hat und daß sich die Mitglieder desselben der Verbands der in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands mit dem Sitz in Berlin angeschlossen und eine Filiale dieses Verbandes in der Stadt Erlangen gegründet haben, daß sich das Ver einslokal im Gasthaus „Zum Adler“ befindet und daß die Leitung des Vereins durch ihn als Vorsitzenden, den Fabrikarbeiter Peter Gelger als Kassier und den Fabrikarbeiter Johann Albrecht als Schriftführer erfolge. Daraufhin wurde durch Beschuß des Magistrats vom 3. September die Filiale Erlangen obengenannten Verbands als politischer Verein erklärt und im Hinblide auf Art. 19 Biff. 4 des Vereinsgesetzes und Biff. 29 und 30 Abs. 3 der Vollzugsvorschriften hierzu, geschlossen.

Dieser Beschluß ist damit begründet, daß, soweit wie der Verband vermöge seiner Tätigkeit, welche über die eigene Tätigkeit der einzelnen Vereinsmitglieder hinausgeht, in die Rechts- und Interessenphäre Dritter hinzuberreiche, und gemäß § 2 seiner Statuten die allgemeine Verbesserung der materiell-wirthschaftlichen Verhältnisse des Arbeitersstandes im Wege einer geänderten Gesetzgebung und Verwaltung in den Bereich seiner Vereinsbestrebungen gezogen habe, so auch die Filiale Erlangen, unbeidegadet ihres Auschlusses an den Verband und ihrer organischen Verbindung mit demselben vermöge ihrer artlichen Organisation auf Grund der Verbandsstatuten als selbständiger politischer Verein zu betrachten sei und als solcher dem Affiliationsverbot des § 17 des Vereinsgesetzes unterliege.

Der Bescheid wurde dem Vorstand Vogt am 10. September zugestellt, worauf derselbe gegen diesen Beschluß die Berufung zur kgl. Regierung einlegte. In der Berufungsschrift wird ausgeführt, daß sowohl der Verband als die Filiale Erlangen als politischer Verein schon deshalb nicht betrachtet werden kann, weil durch § 1 der Statuten die Erörterung politischer Fragen ausgeschlossen sei und der Verband nur durch die Vereinigung der Arbeiter nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung seinen auf Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen gerichteten Zweck zu erreichen suche, daß der Verband deshalb auch keine Änderung der Gesetzgebung herbeiführen wolle, vielmehr auf dem Boden des Gesetzes stehé. Es werde deshalb gebeten, die Schließung der Filiale als ungerechtfertigt zu erklären und den Magistratsbeschluß außer Wirksamkeit zu setzen.

In der nun abgehaltenen Sitzung der I. Regierung, zu welcher der Beschwerdeführer geladen, aber nicht erschienen war, wurde von dem bestellten Referenten über den Sachverhalt Bericht erstattet, wobei die Aktenstücke verlesen wurden. Die rechtliche Befürdigung des Sachen hat folgendes ergeben:

In formeller Beziehung ist die gegen den ersten angesetzten Beschuß erhobene Beschwerde

im Hinsicht auf Art. 22 des vorhergehenden Gesetzes rechtzeitig und richtig erhoben, deshalb in keiner Weise zu bestanden.

Dass die Firma Erlangen als ein selbstständiger Verein im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten ist, kann mit Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder, das Vorhandensein einer eigenen Vorständigkeit und eines besonderen Vereinslokals keinzu begründeten Zweifel unterliegen, ist überhaupt auch unbestritten. Beschränkt ist lediglich die Thatsache, dass die genannte Firma ein politischer Verein sei. Diese Frage ist daher zunächst und ausschließlich zu erörtern, da sie zugleich präzidiell erscheint für die Entscheidung der Frage der Schließung des Vereins, denn nur dann, wenn die Firma als ein politischer Verein sich darstellt, ist sie dem Ausschlussverbote des Art. 17 des Gesetzes unterworfen und kann wegen Übertretung dieses Verbots nach Art. 19 Abs. 4 deren Schließung erfolgen.

Im Art. 14 des Gesetzes sind als politische Vereine diejenigen bezeichnet, deren Zweck sich auf die öffentlichen Angelegenheiten bezieht. Öffentliche Angelegenheiten sind aber solche, welche sich auf die Verfassung, Erziehung und Verwaltung des Staates beziehen, welche bei welchen das hoheitliche Interesse des Staates in Frage kommt.

Es muss demnach bei Erörterung von Vereinsangelegenheiten da, staatliche Gebiet berührt werden, es müssen die Organe und die Thätigkeit des Staates in Anspruch genommen werden, wenn öffentliche Angelegenheiten in Frage stehen sollen.

Diese Voraussetzungen sind aber insoweit nicht gegeben, als sich ein Verein innerhalb der durch

§ 152 der R. O. gezogenen Grenzen mit der Förderung konkreter Fälle begnügt, und das Gebiet des gewerblichen Beobacht nicht verlässt. Die Beschäftigung mit der Streikbewegung oder dem Arbeitsnachweis, die Regelung der Arbeitszeit, Abschaffung der Sonnen- und Feiertagsarbeit, der Überstundenarbeit u. s. w. kann deshalb an und für sich nicht für ausreichend erachtet werden, eine gewerkschaftliche Vereinigung als einen politischen Verein zu erklären, sofern nicht dabei eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Wege der Gesetzgebung oder mit Änderung der bestehenden Staatsverfassung oder Staatsverwaltung angestrebt wird. Erst wenn solche auf eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung, der Verfassung oder Verwaltung des Staates gerichtete Bestrebungen eines Vereins zu Tage treten, erst dann ist berücksichtigt zu erklären, ob diese Bestrebungen in den Vereinsstatuten ihren formalen Untergrund haben, oder ob sie in der Thätigkeit des Vereins nachzuweisen, in den Vereinsvertritten und dergleichen ihrem Ausdruck finden. Was nun zunächst die Sanktionen der Firma betrifft, so sind solche mit jenen des Verbands selbst identisch. Nach § 1 dieser Sanktionen besteht aber der Vereinszweck darin, dass durch eine Vereinigung aller in der Branche beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe des § 152 der R. O. möglichst günstige Arbeitsbedingungen erzielt werden sollen. Damit hat sich aber der Verband und die demselben angehörige Firma Erlangen von Anfang an auf den Boden des Gesetzes gestellt, und um seinen Charakter als eines nicht politischen Vereins noch besser herabstellen zu können noch ausdrücklich hinzufügt, dass Erörterungen politischer und religiöser Fragen ausgeschlossen sind. In § 2 des Verbandsstatuts sind sodann als Mittel zur Förderung des Vereinszwecks bezeichnet:

a) eine zugesetzte, der modernen Zeiten entsprechend verkürzte Arbeitszeit; b) Abschaffung der Sonnen- und Feiertags-, sowie der Überstundenarbeit; c) Bannahme statistischer Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse; d) Regelung des Rechts- und Vertragswesens, sowie des Arbeitsnachweises; e) Aufstellung gleicher Löhne für gleiche Leistungen; f) Reiseunterstützung; g) unentgeltlicher Rechtszug bei gewerblichen Streitigkeiten.

Alle diese Mittel zur Förderung des Vereinszwecks fallen, soweit sie nicht, wie jene unter lit. d und f zur Erleichterung des besseren Fortkommen des Verbandsmitglieder dienen, unter den Gesichtspunkt der den Arbeitern nach § 152 der R. O. eingeräumten Koalitionsfreiheit und befreien somit durchwegs immer gewerbliche Angelegenheiten der Arbeiter; dieseben können und sollen nach § 1 des Statuts erreicht werden auf Grund des § 152 der R. O., ohne dass eine Änderung der Gesetzgebung oder eine Änderung der bestehenden Staatsverwaltungsgrundlage eintritt. Sie liegen also auch nicht auf einem von dem hoheitlichen Interesse des Staates beherrschten Gebiete.

So lange sich aber die Firma Erlangen innerhalb dieser sozialistischen Grenzen hält und auf das Gebiet der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung nicht hinausgreift, so lange kann dieselbe aus nicht als politischer Verein betrachtet werden.

Was sobald die Vereinsfähigkeit der Firma betrifft, so kann diese nach ihrer historischen Entwicklung gewissmässig als eine Fortsetzung des im Jahre 1890 zu Erlangen gegründeten Feuerarbeiterfachvereins angesehen werden, welcher sich im August 1891 freiwillig aufgelöst hat, wie auch die Statuten des ausgestorbenen Fachvereins und der neuerrichteten Firma große Ähnlichkeit mit einander haben. Auch dieser Fachverein wurde vom Magistrat Erlangen als politischer Verein erklärt, jedoch auf erhobene Beschwerde seitens des Vereinsvorstandes vor der sgl. Regierung als nicht-politischer Verein anerkannt und der betreffende Magistrat beschloss außer Wirklichkeit gesetzt. Dieser Fachverein hat während der Zeit seines Bestehens nach Inhalt der magistratischen Akten vier öffentliche und drei Vereinsversammlungen abgehalten, welche sämtlich politisch beschlossen waren, aber zu einer Beanstandung oder polizeilichen Einschreitung keinen Anlass gegeben haben. Der neu errichtete Verein hat aber noch keine in die äußere Erfahrung tretende Thätigkeit entfalten können, weil er schon kurze Zeit nach seiner Annahme bei der Polizeibehörde von dieser alsbald geschlossen wurde. Es liegen also auch auf Seite des Vereins keine Thatsachen vor, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß die Verbandsfirma im Widerspruch mit ihrem statutenmässigen Vereinszweck Handlungen unternommen habe, welche einen Übergriff in das von dem hoheitlichen Interesse des Staates beherrschte Gebiet der Gesetzgebung oder der Staatsgewalt involviert.

Nach alledem steht sich der magistratische Beschluss vom 8. September 1891, wodurch die Verbandsfirma Erlangen als politischer Verein erklärt und im Hinsicht auf Art. 19 Abs. 4 des Vereinsgesetzes geschlossen wurde, als gesetzlich nicht begründet dar, da, wie bereits oben bemerkt, das in Art. 19 enthaltene Affiliationsverbot sich nur auf politische Vereine erstreckt, während andere Vereine von diesem Verbot nicht berührt werden. Es war deshalb auch der magistratische Beschluss vom 8. September 1891 auf hieigen rechtmässig erhobene Beschwerde außer Wirkung gekehrt zu sehen.

Diese Entschließung ist für die Arbeiterbewegung in Bayern besonders deshalb von Interesse, weil darin der Begriff "öffentliche Angelegenheiten" eine eingehende und gegen die frühere Auffassung nicht zu Ungunsten der Arbeiter modifizierte Erläuterung gefunden hat. Dass diese Belehrung in diesem Fall Herrn Dr. Schuh zu Theil wurde, kann für den zukünftigen Bürgermeister von Nürnberg nur von Vorteil sein: er wird hoffentlich in Zukunft etwas vorsichtiger werden. Dr. Schuh, der stets gewohnt war, mit dem Strom zu schwimmen, wird diesen Wind mit dem Baumpfahl verstehen; sein "juristischer Scharfsinn" wird ihn jedenfalls nicht hindern, sich der neuen Auffassung anzugenehmen.

Der Buchdruckerstreik

ist beendet. Die Gesellen nehmen die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder auf. Der "Vorwärts" zieht daraus folgendes Fazit:

Selbst die gefestigte Gewerkschaft kann nur auf einen Theil ihrer Mitglieder unter allen Umständen zählen, gleichviel ob sie mit losen Kassenvorteilen verknüpft ist oder nicht.

Diesjenige Organisation ist die beste im Kampfe, in deren Verwaltung die Klassen-Zustimmung Statt fügt am wenigsten einschneidigen kann.

Die großartige Unterstützungsfähigkeit der internationalen Arbeiterschaft muss eine solid funktionsirende dauernde Organisation erhalten.

Jedes Gewerbe ist abhängig von der allgemeinen Geschäftslage; vor jeder gewerkschaftlichen Bewegung ist diese in Rechnung zu ziehen.

Beschränkung der Arbeitszeit und Lohnanhöhung über den früheren Berorient hinaus sind innerhalb eines ganzen, großen Produktionsgebietes nicht auf einmal allgemein durchzuführen.

Die privaten Richtgerichte und die private Tarifgemeinschaft zwischen Unternehmen und Arbeiter sind zur Regelung des Gewerbelebens unsfähig; über den wirklichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit entscheidet trotz ihrer jedesmal das Marktverhältnis.

Die Zahl der ganz und zum Theil Arbeitslosen ist im Bauwesen sehr viel größer als man jetzt einer Statistik antheilt. Auch das Buchdruckergewerbe ist bereits pauperisiert.

Die Staatsgewalt erwies sich als Schützerin des Unternehmerinteresses.

Die Buchdruckereibesitzer konnten den

Kunststundentag bewilligen, sicherten ihn aber aufgeprochenen Kosten im Klasseninteresse ab. Die Unternehmer anderer Gewerbe möchten deshalb mit den Buchdruckereibesitzern gemeinsame Sache.

Die Arbeiterchaft der ganzen Kulturstadt trat dem entgegen für die Buchdruckereihilfen in die Schranken.

Der Streik war sonach ein Klassenkampf im echten Sinne des Wortes.

Diese Erkenntnis erhebt die Arbeiterchaft eines ganzen Gewerbes, daß ich mich sie sich von dem Glauben an die vermeintliche Güte unserer gesellschaftlichen Ordnung, soweit er bei ihr noch vorhanden war, emanzipieren und in Konsequenz dessen sich der Sozialdemokratie anzulegen, wie es durch die bestätigten Beschlüsse im Berlin und anderen Orten auch formell geschehen.

Das ist der Gewinn für die Sozialdemokratie.

Die Buchdruckereihilfen selbst errangen durch die Lösung von der problematischen Tarifgemeinschaft ihre Bewegungsfreiheit wieder und durch den Streik selbst die Durchbrechung des Gehaltsunterschiedes, der nunmehr zu den verwesenden Einrichtungen gehört.

Den eigentlichen Schaden haben die Leiter der Buchdruckereibesitzer zu tragen. Durch die Aufgabe der Tarifgemeinschaft verlieren sie gewissmässig das Druckmonopol. Die Welt ist aber nicht dazu da, um jene handvoll Leute zu Milliardären auszuprägen. Sie werden zu den einzükamen Verlusten bald auch noch die Erfahrung summieren müssen, daß der Gipfel der sozialpolitischen Weisheit, den sie durch ihre Negation der Gesellenforderungen erklimmen zu haben hoffen, doch nur der tapferen Helden ist für die Idee des bürgerlichen Privateigentums im Buchdruckergewerbe.

Korrespondenzen.

Former.

Vorne. Wie schon bekannt aus der Nummer 45, 47, 51 der "Metallarbeiter-Zeitung", hat sich die Baye der Former hier noch nicht gebessert. zunächst müssen die beiden Former Aug. Hillebrecht und Ernst Schwarz als Streitbrecher erwähnt werden, indem die Fabrikanten Westphal in Hannover den Streik proklamiert haben. Diese beiden haben ihre Kollegen bei dem Meister und dem Herrn angeschwärzt. Auf dieses entspann sich am 8. Januar eine Streitigkeit zwischen den Formern Hillebrecht und Schröder, die dahin auslief, daß der Herr G. Westphal alle Former aus der Gießerei entfernt bis auf H. und Schw. Auch hat er die beiden gleich zum Meister gemacht. Eine schöne Einrichtung: 3 Meister und 1 Former. Auf dieses haben die Former eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen und war zu derselben ein Referent aus der Gießerei eingekommen, der sich seiner Sache in 1/2 Stunden end zu größtem Zufriedenheit entledigt hat. Zu bemerken ist noch, daß auch die beiden Herrn Westphal zu der Versammlung erschienen waren und es beim zweiten Punkt der Tagesordnung zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Former Hillebrecht und dem Herrn Westphal kam. Es wurde eine Resolution eingebracht, die dahin lautet, daß alle Former die Arbeit wieder aufzunehmen, mit Ausnahme des Formers Schwarz, weil dieser darauf verzichtet.

Gelbgießer und Gürler.

Hamburg. Deutscher Metallarbeiter-Berband. Die Sektion aller in Gelbgießereien, Gürlerwerken und Metalldreherwerken beschäftigten Arbeiter wurde hier am 6. Januar 1892 bei v. Salzen eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: "Gewerbliche Bildung und Lehrlingsweien." G. Delsingr, welcher über diesen Punkt referierte, führte u. a. aus, daß die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge sehr viel zu wünschen übrig lasse, denn bei der heutigen Theil- und Akkordarbeit sei an eine tüchtige, vernünftige Ausbildung der Lehrlinge nicht zu denken. Die Unternehmer und Fabrikanten betrachten die Lehrlinge von heute nur noch als Ausbildungssubjekte. Es gebe Werkstätten, wo die Zahl der Lehrlinge die Zahl der Gesellen weit überwiegt und da könne an eine tüchtige Ausbildung der Lehrlinge ebenfalls nicht gedacht werden. Pflicht des Staates sei es, Staatsschule einzurichten, woselbst die jungen Leute in dem Beruf, den sie wählen, nach allen Seiten hin tüchtig ausgebildet werden. Die Einrichtung solcher Lehrwerkstätten sei allerdings mit großen Kosten verbunden, aber durch die Produkte, die in den Lehrwerkstätten hergestellt werden, würden die Kosten nach und nach wieder gedeckt. Hildner wies darauf hin, daß man für Kasernebauten stets die Mittel habe, obgleich das Volk den größten Schaden und nicht den geringsten Nutzen davon habe. Für die nämliche Kaserneinrichtungen, wie es die Staats-Lehrwerkstätten sind, sei leider nie Geld vorhanden. Bei der heutigen fort-

dgreitenden Entwicklung der maschinellen Technik verliere das Handwerk immer mehr an Boden. Es müssten auch Mittel und Wege beschafft werden, um einer unverhüttlichen Überproduktion Einhalt zu gebieten. Auf das Verhältnis der Gesellen zu den Lehrlingen übergegangen, betonte der Nehmer, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, die Lehrlinge so tüchtig als möglich auszubilden, und nicht in grosser, sondern stets in humaner Weise zu behandeln, denn durch eine gute Behandlung fühlt die Lehrlinge sich mehr zu den älteren Arbeitern hingezogen und seien eher für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Der Redner erinnerte von der Versammlung reichen Besuch. Nachdem der Bevollmächtigte noch die Kollegen aufgefordert habe, sich rege an der nächsten gemeinschaftlichen Sektionsversammlung zu beteiligen, erfolgte das Ende der Versammlung.

Metall-Arbeiter.

Cannstatt. Die allgemeine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes hielt am 10. Januar ihre halbjährliche Generalversammlung ab. Der Bevollmächtigte G. Waldmann eröffnete die Versammlung und erbat einen kurzen Bericht über die jetzige Tätigkeit des Verbandes und die örtliche Verwaltungsstelle; er beantragte anstatt der Mahnzeit an die bestehenden kleine "Metallarbeiter-Zeitung" mehr zu veröffentlichen und so die Mitglieder an ihre Pflichtungen zu erinnern, da die Mitglieder bei der "Metallarbeiter-Zeitung" nicht ungünstig aufgenommen werden. Nach langer Debattie wurde jedoch beschlossen, dieselben beizubehalten. Dann wurden die Ausgeschlossenen verlesen und die Erklärung des Hauptvorstandes, sowie verschiedene Zuschriften entgegengenommen. Als Delegierte zu dem am 14. März I. S. in Halberstadt stattfindenden Gewerkschafts-Kongress wurde Hauptvorstand Junge und Sekretär Schäde vorgeschlagen. Zum Punkt 2 erstattete Kassier Kurz Rassendorfer Bericht. Zu Punkt 3 stellte Hilfskassier Wächter den Antrag, die Zahlstelle bei Restaurateur Klinger, Fabrikstraße, eingehen zu lassen; es wurde dem entsprechend beschlossen und sollen die hierdurch ersparten Auslagen den drei Hilfskassieren zugestellt werden. Als Hilfskassier wurden gewählt bei Wieland zur Regelbahn: Haßner, bei Scheib, Schulener Straße: Schlosser. Mehrere Mitglieder wurden aufgenommen. Bei Punkt 5 referierte der Bevollmächtigte über den Stand des Buchdruckerstreiks und forderte die Mitglieder zur fleißigen Beilegung von Beiträgen auf. Ein Antrag von Kollege Keller, die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstelle sollen sich verpflichten, einen bestimmten wöchentlichen Beitrag zu zahlen, wurde von der Mehrzahl abgelehnt. Dagegen ein Antrag von Kollege Behnzen, in möglichster Höhe zu Gunsten der streikenden Buchdrucker ein Konzert abzuhalten, einstimmig angenommen.

Eilenburg. Am 9. Januar hielt die Verwaltungsstelle des D. M.-B. ihre Mitgliederversammlung ab. Der Kassenbericht für November und Dezember war folgender: Alter Kassenbestand ₣ 71,88, Beitragsfeld von 10 männlichen Mitgliedern ₣ 15 ₢ = ₢ 169, 49 Beiträge ₢ 15 ₢ = ₢ 99,35, 72 Extrarmarken ₢ 10 ₢ = ₢ 7,20, von zwei Abonnenten der "Metallarbeiter-Zeitung" ₢ 1,20, Überschuss vom Übertrittskonto ₢ 11,95, Summe ₢ 192,58. Diesem stand eine Ausgabe gegenüber von: für Kasseunterstützung ₢ 27,19 (1359½ Kilometer ₢ 2 ₢), 12 ₢ an die Buchdrucker, für örtliche Ausgaben ₢ 5,63, an die Hauptkasse eingefündet 50 ₢. Jeliger Kassenbestand ₢ 109,76. Summa: ₢ 192,58. Die Zahl der Mitglieder war 68, jetziger Stand 71. Die Abrechnung war von den Bestörern geprüft und für richtig befunden. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Zweitender Punkt war die Wahl eines Kassirers, die selbe fiel auf Kollege Schulz, Dreher, welcher das Amt dankbar annahm. Zu Verschiedenes wurde beschlossen, den streikenden Buchdruckern 12 ₢ zu zuzuwenden. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, schloss der Bevollmächtigte die spärlich besuchte Versammlung. — Die Wohnung des Kasslers befindet sich Promenade 7, 1. Et. Briefe und Sendungen an denselben. Beiseunterstützung wird ebenso selbst von 12 bis 1 Uhr Mittags und 7 bis 9 Uhr Abends ausbezahlt.

Großfeld. Die letzte Verwaltungsstelle des D. M.-B. hielt am 3. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. In einem Vortrage führte Kollege Müller den Zweck und Nutzen der Arbeiterorganisationen aus. Die letzten Jahre seien für die Organisationen eine Zeit der Verfolgung gewesen; während früher die Unternehmer bei der Betätigung der Arbeiter in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen waren, gab das Sozialstengesetz den Behörden es in die Hand, das Unternehmertum zu unterdrücken. Trotzdem hätten die Arbeiter ihre Organisation hoch gehalten und wären dieselben heute zu einer Macht geworden, mit

ber zu rechnen wäre. Medner schilderte nur die Verfolgung der Arbeiter durch die Stühmann und Klunkerten, dann glag er auf die Polenkämpfe über. Der Arbeiter sei heute nicht Herr des von ihm geschaffenen Produkts, er erhalte vom Unternehmer nur eine teilweise Entschädigung, über deren Höhe viele in Streitgeleuten kämen. Der Kapitalist sei dabei stets im Vortheil, da durch jeden neuen technischen Fortschritt die Arbeitarmee anschwellt. Daneben hätten die Arbeiter aber auch noch andere Konkurrenten, die Frauen und Kinder, die Gesangnen, und wie der Buchdruckerstreit wieder zeigte, das Militär. Um dem entgegenzutreten, hätten sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Steiner führte nun aus, wie die Gewerkschaften nicht den wirtschaftlichen Krieg provozieren, sondern nur Mannesmacht, Witzpum und Solidarität in die Reihen der Arbeiter pflanzten. Er forderte die Arbeiter auf, immer tapfer für die Gewerkschaften zu arbeiten, immer neue Kämpfer zu werben. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren bis auf verschiedene, wobei darauf hingewiesen wurde, für die freiklenden Buchdrucker ordentlich in die Listen zu zeichnen. — Unsere Bewegung um hiesigen Orte macht gute Fortschritte, doch sollten die Kollegen sich strenger mit der Lokalfrage befassen, da uns alle größeren Vorfälle von den Gegnern abgetrieben werden.

Frankfurt a. M. Berichtigung. In dem in Nr. 1 der "Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" erschienenen Liquidationsbericht des hiesigen Metallarbeiter-Vereins wird der Passus, welcher besagt, daß bei Auflösung des Vereins mehrere Delegierte nicht mit zum deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten sind, für unrichtig erklärt. Diese Stelle ist durch Irrthum eines Liquidators, welcher bereits abgereist war und den Be richt zur Einsicht erhalten hat, hinein gekommen. Bruno Bahl.

Frankfurt a. M. Am 9. Januar hielt die hiesige allgemeine Verwaltung des D. M.-B. ihre Mitglieder Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand unter Anderem: 1) Vortrag über Haustelegraphie und ihre Anwendung. 2) Wie unterstützen wir die Buchdrucker am besten? Zum ersten Punkt schätzte der Vortrag ziemlich zunächst die Schaffenheit der Hinterien, welche zur Erzeugung der Elektrizität nötig sind, besprach dann die Konstruktion verschiedener Systeme von Apparaten, als ba sind: elektrische Klingeln, Thüröffner u. s. w. und kam dann zum Schluss auf die Telephonte zu sprechen. Zum zweiten Punkt, Buchdruckerbewegung, wurde, um den Buchdruckern auch von unserer Seite während des Streiks eine stete Unterstützung zu verschaffen, folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M. des deutschen Metallarbeiter-Verbandes verpflichten sich, wöchentlich einen ihren Verhältnissen angepaßten Beitrag zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker zu zahlen und bei ihren Kollegen durchzupassen. Zu diesem Zweck sollen jede Woche Sammellisten ausgegeben werden."

Frankfurt a. M. Am 16. Januar fand dahier eine Drucksversammlung der hier bestehenden Verwaltungsstellen mit folgender Tagesordnung statt: 1) Ersatzwahl des Ausschusses. 2) Wahl eines Kassiers und Kassiermannes für die Reiseunterstützung. 3) Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. 4) Aufstellung der Kandidaten. 5) Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurde an Stelle des von hier abgereisten Kollegen Emmel, Kollege Körner in den Ausschuss gewählt. Zu Punkt 2 wurde mitgetheilt, daß der bisherige Kassier sein Amt weiter führt, als Kassermann für die Reiseunterstützung wurde Kollege Kuna gewählt. Über Punkt 3 entspann sich eine längere Debatte. Zunächst sprach Kollege Berger über die früheren Gewerkschaften, das Vereinsgesetz u. s. w. und ging dann über auf die am 3. Januar d. J. in Stuttgart stattgefundene Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses, in welcher der allgemeine Gewerkschaftskongress der Hauptgegenstand der Beratung gewesen sei. Nachdem noch Kollege Krämer und andere über diesen Punkt gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, für die in Stuttgart am 3. Januar aufgestellte Resolution voll und ganz einzutreten, ferner wurde beschlossen, daß die hier bestehenden 3 Verwaltungen den Kongress in Halberstadt durch einen Delegierten besetzen werden, und wurde als Delegierter Genosse Krämer gewählt. Hierauf betonte Genosse Krämer, daß es sein fester Wille ist, auf dem Kongreß die persönlichen Auszeichnungen, welche vorkommen sollten, so weit als möglich zu unterdrücken, und nur für praktische und den gesamten Kollegen Nutzen bringende Beschlüsse u. s. w. zu stimmen, denn durch diese persönlichen Meibereten sei auf den früheren Kongressen schon viele Zeit vergangen worden, worin ihn auch die Versammlung bestimmt. Nachdem im Punkte Verschiedenes noch einige Fragen beantwortet wurden, schloß der Vor sitzende die gut besuchte Versammlung.

Görlitz. Mit welchen Mitteln un-

sere Gegner kämpfen. Nachdem der hiesige Fachverein der Metallarbeiter sich aufgelöst hatte, wurde von Kollegen Bennewitz am 20. Juli v. J. eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen, in welcher vom Einberuf er das Verbandsstatut bekannt gegeben und die Notwendigkeit einer centralisierten Organisation klar gemacht wurde. Nachdem nahm nun auch Kollege Brock das Wort und erwähnte u. a. die Bochumer Schieneffekte; er soll hierbei dem Staatsanwalt in Bochum den Vorwurf gemacht haben, er sei aus politischen Rücksichten gegen Baute nicht eingeschritten. Wobei wurde am 9. Dezember vom hiesigen Landgericht zu 20 Mr. Geldstrafe über 6 Tage gestraft verurtheilt. Dies war aber nur ein Festessen für unsere Bourgeoisblätter, indem sie ihre getragenen Waffen in Form einer Demonstration schwangen. Sie berichteten, daß der sozialdemokratische Agitator Bennewitz eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten hätte, in der auch ein "politischer" Vortrag gehalten und dadurch Brock aufgerufen wurde, diese Versammlung zu räumen. Sogar die von einigen freiklenden Buchdruckern neugegründete "Görlitzer Zeitung" ("Freiheit freisinnig") konnte es nicht unterlassen, von einer öffentlichen "sozialdemokratischen" Versammlung zu berichten. Dieses rohe Gespenst, mit großer Kraftanstrengung von drei Seiten, konservativ, "Freisinnig" und "Am freisinnigsten" hervorgezubert, lädt auf den Arbeitgeber des Brocks, Herrn Ernst Böllom, Bousenstraße 10, die Wirkung aus, daß er Brock sofort fragte, ob er auch Sozialdemokrat sei. W., der dieses bestätigte, mußte sofort die hiesigen Räume des Herrn Böllow verlassen. Denn wie kann auch ein Sozialdemokrat die Wohlthat des Herrn Böllow länger genießen und bei ihm um den hohen Lohn von 15—20 Pfsg. die Stunde arbeiten wollen. Es ist auch hier wieder einmal der Beweis geliefert worden, wie groß die Harmonie ist zwischen "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer". Sollten einige der Herren Harmonieapostel noch nicht genügend überzeugt sein, so möge die Fabrikordnung des Herrn Böllow den besten Beweis liefern, aus der wir nur einige Punkte hergehoben wollen. Gleich in § 1 heißt es schon, daß jeder Arbeiter verpflichtet ist, wenn Änderungen an der Arbeitszeit seitens der Fabrikleitung angeordnet werden, dieses zu befolgen. In §§ 2 und 8 sind beide Entnahmen und Absetzung der Kontrollmarken Ordnungsstraßen bis zu $\frac{1}{2}$ und 1 Mr. festgesetzt. Wie man über die Arbeiter denkt und was man von ihnen voraussetzt, beweist § 10, wonach ein betrunkener Arbeiter (betrunknen werden in der Fabrik, wo kein Lagerbär und kein Schnaps eingebracht werden darf, ist ein Kunststück), gleichzeitig in welchem Grade (die Herren haben jedenfalls im Unterschieden dieser Grade große Uebung durch die Praxis), sofort entlassen oder mit einer Mark bestraft wird. Nach § 12 ist Schreien, Singen, Pfeifen, Plaudern, Herumbummeln, sowie alles, was gegen die Ordnung (des heiligen Geldsack) verstößt, verboten bei einer Strafe von 10—50 Pfsg., deren jeweilige Höhe im Ermessens der Präsidenten oder des Werkmeisters steht. § 16 sagt, daß "Ausstausch nicht bezahlt wird." Hoffentlich wird er dann nicht doch für die Fabrik nutzbringend verwendet. Zu welchen Chikanen man auf Grund dieses § greifen kann, ist leicht ersichtlich. Eine schwere Bestrafung ist auch im § 17 enthalten, wonach die Auszahlung der Akconde nur monatlich erfolgt. Eine Zahlung für halbtweise Absetzung findet nicht statt. Nach § 19 erhält derjenige, der eine Veruntreuung anzeigt, unter Verschwiegenheit seines Namens 15 Mr. Belohnung. Die Denunzianten werden sich diesen § zu Ruhe zu machen wissen. Über die Strafzettel verfügt natürlich der Prinzipal. Und für diese "höhe Fabrik-Ordnung" muß der Arbeiter nach § 21 noch 25 Pfsg. bezahlen, die er wieder erhält, wenn er beim Ausstausch dieselbe wieder "rein" ab liefert. Und im ganzen Herrschergefühl er glänzt die Prinzipialität, wenn sie im Schlusssatz unter Variation des "Suprematex regis voluntas" decretirt: "Etwas Änderung dieser Fabrikordnung wird durch Antrag vorher bekannt gemacht." — Die ganze Fabrikordnung ist nur ein Anschlag gegen die Arbeiter! —

Halle a. S. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung tagte am 16. Januar bei Faulmann mit der Tagesordnung: 1) Teilnahme der Metallarbeiter an der Organisation, Stellungnahme zur Konferenz, Wahl der Delegirten hierzu. 2) Bericht der Liquidations-Kommission der aufgelösten Vereine. 3) Anträge aus der Mitte der Versammlung. Nachdem sich das Bureau konstituiert, ging zunächst ein Antrag ein, den zweiten Punkt der Tagesordnung abzulegen und beschloß dies für die nächste öffentliche Verbands-Versammlung aller Sektionen, welche im Laufe der nächsten Woche stattfindet, auf die Tagesordnung zu legen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Hierauf erhielt zum ersten Punkt der Tagesordnung Kollege Deumert das Wort, welcher in einem längeren Vortrag

das Verhalten der der Organisation noch bestehenden Genossen kritisierte, aber auch den Druck, welcher von Seiten der Fabrikanten auf dieselben ausgeübt wird, sowie einzelne Zustände schilbert. Er erwähnt weiterhin auch die in letzter Zeit vielfach hörgekommenen Maßregelungen und wie notwendig es daher sei, eine innere engere und festere Organisation zu schaffen. Um dieses zu erreichen, sei die für den 31. Januar 1892 stattfindende Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten eluberufen worden, wo es bei reicher Vertheilung der Genossen allorts wohl zu erreichen sei, daß auch die kleineren Städte der Provinz immer mehr und mehr mit den größeren in Fühlung kommen und zum Anschluß gewonnen würden. Von mehreren Genossen wurde das Verhalten der hiesigen Gelbgießer und Kupferschmiede kritisiert. Hierauf wurde zur Wahl der Delegirten zur Konferenz geschritten. Gewählt wurden: für die Schlosser und Dreher Hermann Deumer und Friedrich Goertz, für die former Stäubert und Ganter, für die Klempner Wilh. Schmidde, für die Feilenhauer Hammelschmidt, für die Schmiede Arndt. Den Kesselschmieden und anderen in der Versammlung nicht zahlreich vertretenen Branchen wurde es überlassen, noch Delegierte zur Provinzial-Konferenz zu schicken.

Haynau (Schlesien). Versammlung vom 9. Januar. Da der erste Vorsitzende, Kollege Schueler, abgesetzt war, wurde zuerst zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten; gewählt wurde Kollege Erdmann, an dessen Stelle wurde als Schriftführer Kollege Pache, zum dritten Kollege Aug. Krause gewählt. Zum zweiten Punkt war Kollege Sender aus Liegnitz erschienen, welcher einen Vortrag über die Arbeiterbewegung hielt. Medner führte sehr richtig aus, daß jeder Arbeiter einer Organisation angehören muß, denn nur bei gemeinschaftlicher Kraftaufwendung können die Arbeiter etwas erzielen. Es ist daher Pflicht eines jeden Metallarbeiters von Haynau, sich dem Verband der Metallarbeiter anzuschließen. Es ist an der Zeit, daß sie aus ihrem Schlauf zuwachsen und Theil nehmen an der modernen Arbeiterbewegung. Nach Beendigung des Vortrags wurde in eine Debatte eingetreten. In dieser sprachen sich viele dahin aus, daß sie mit allen Kräften für die Stärkung der Verwaltungsstelle Hohnau eintreten wollen. Im Punkt Verschiedenes kamen einige Lokalverhältnisse zur Sprache, welche von keinem Interesse für die Deutschen sind.

Hamburg. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung sämtlicher Sektionen tagte am 18. Januar im Lokale des Herrn Markgraf, Neuhausmarkt 21. Trotz der ungünstigen Witterung war die Versammlung gut besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung: "Das Koalitionsrecht der Arbeiter und wie stellen sich die Unternehmer dazu?" wurde vom Genossen Heinrich Meyer erledigt. Medner schilberte die trostlose Lage der Mehrzahl der heutigen Arbeiter und wie diesen Zustand die Unternehmer in jeder Weise auszubeuten suchen. Herr Meyer beleuchtete in drastischer Weise das Verhältniß des Slaven und des Arbeitgebers, die doch trotz ihrer traurigen Lage immerhin vor Mahnungsängsten geschützt waren. In unserer Zeit, wo die Sorge um's tägliche Brot die "freien" Arbeiter veranlaßt, gemeinsam organisiert zu handeln, erschwere man selbst seitens der Regierung den Arbeitern den Kampf um's Dasein. Mit einem Appell an die Solidarität der Arbeiter schloß der Medner seinen, von der Versammlung mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Als zweiter Punkt der Tagesordnung folgte der Bericht der Bergbauskommission. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß auf eine diebstahlsgleiche Annonce 9 Differenzen eingereicht sind, von diesen aber nur 2 für uns in Betracht kommen, wovon nur eine in gewünschter Weise den gestellten Bedingungen entspricht. Nach eingehender Beratung ward beschlossen, daß jede Sektion von Hamburg und Altona für sich über die Frage "Bentlararbeitsnachweis resp. Herberge" berathet und Beschluss fasse, alsdann soll eine gemeinsame Versammlung sämtlicher Sektionen Hamburg-Altona's beschließen, wo und unter welchen Bedingungen Herberge und Arbeitsnachweis eingurichtet sind. — 3. Punkt: Vorlage der Geschäftsordnung. Auf Antrag wird sofort in die Spezialdiskussion eingetreten. Die ersten Paragraphen bis zu § 5 wurden mit einigen Änderungen angenommen. Da die Zeit schon sehr vorgeschritten war, wurde beschlossen, die Beratung der übrigen Paragraphen zu vertagen, ebenso den letzten Punkt der Tagesordnung: Bergnugungsangelegenheiten.

Dresden. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung war am 11. Januar nach dem "Coburg" in Buckau einberufen worden, zu der sich etwa 200 Personen eingefunden hatten. Nachdem Herr Heinrich Weber zum Vater der Versammlung berufen worden war, sprach Reichstagabgeordneter W. Meissner-Hamburg über die "In-

ternationale Metallarbeiter-Konferenz und deren Bedeutung für die deutschen Metallarbeiter." Er schilderte die ganze Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung seit den sechziger Jahren, kritisierte das Vorgehen des großen deutschen Nationalvereins unter Führung des Herrn v. Bonnigsen, ferner die Schwedisch-Norwegischen Gewerkschaften und die Hirsch-Bunder'schen Gewerkevereine mit ihrem Verteilen, die Arbeiter zu sich hinüber zu ziehen, ohne unter ihnen indeß die Not und das Elend bestmöglich zu können. Erst die sozialdemokratische Arbeiterbewegung habe das einzige dablei gehende Ziel angegeben und seitdem sich die Gewerkschaften mit dieser Bewegung verbunden hätten, sei eine Besserung zu spüren. Selbst das Sozialstengesetz habe diese Bewegung wohl zeitweilig hemmen, aber nicht befehligen können. Daraus habe sich als einziges Ziel die Anstrengung der politischen Macht bezeichnet, weil die Arbeiter eine besondere Klasse bildeten, die von der Partei der Bourgeoisie sich so unterdrückt, wie das Feuer vom Wasser. So sei die sozialdemokratische Arbeiterbewegung entstanden und wenn auch anfangs durch bestimmte Fehler in der Organisation die große Masse wieder erheblich zusammengekrumpt sei, so hätten sich doch schließlich die zielbewußten Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei und in den internationalen Gewerkschaftskonferenzen zusammengefunden und mit grossem Optimismus zusammengehalten. In einer Linie seien hierbei jedes Mal die Metallarbeiter als Pioniere mit vorgegangen. Heute sei die Gewerkschaftsbewegung bereits so weit wieder gediehen, daß sie in nicht allzu langer Zeit zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß führen würde. Dazu sei aber nötig, daß die internationale Vereinigung zur Ausführung gelange und dazu seien die internationales Kongresse notwendig. Er habe zu diesem Zweck mit dem auf der internationalen Konferenz in Brüssel vertretenen Metallarbeiter aller Länder Zusammenkünste gehabt, deren Ergebnis gewesen ist, daß in jedem Lande an irgend einem Orte ein Vertrauensmann gewählt werde, der die internationalen Beziehungen der Berufsgenossen der verschiedenen Länder zu einander wahrgenommen habe. Um Streiks durchzuführen und um den Berufsgenossen der einzelnen Länder schenkt von deren Ausbruch Kenntnis zu geben, habe man, um Übersetzungen zu verhindern, eine internationale Beichensprache verabredet und die Unterstützung der Streikenden zur Pflicht gemacht. Die Gewerkschaftskommission in Hamburg sage, daß die Schaffung dieses internationalen Vertrauensmänner-Systems eine tüchtige Bewegung in der Arbeiterorganisation Deutschlands sei, der Medner ist aber grade gegenüberlieger Meinung und fordert zur Wahl eines Vertrauensmannes auf, als welchen er Martin Segis aus Fürth in Bayern bezeichnet. Einstimmig solle man ihn wählen, weil dadurch das Wort "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" der Verwirklichung näher gebracht werde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: "Stellungnahme zur Gründung von Filialen in den Vororten Magdeburgs des Verbandes der Metallarbeiter" empfahl Herr Michael diese Gründung. Es entspans sich nun wieder der alte Streit zwischen den Formern und den übrigen Metallarbeitern. Die Versammlung beschloß für Buckau die empfohlene Errichtung einer Bahnhofse, wozu 50 Arbeiter ihren Beitrag erklärten. In den probatorischen Vorstand wurden die Herren Weber und Bader gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: "Stellungnahme zu der am 31. Januar in Halle angesetzten Konferenz der Provinz Sachsen" verhält sich nach Begründung durch die Herren Bantau und Meissner die Versammlung ablehnend.

Oberndorf a. Neckar. Mausser'sche "Wohlfahrtseinrichtungen." Frei nach Richter. "Haushaltung der Herberge. Durch Eintritt in die Herberge unterwirft sich Jeder der bestehenden Haushaltung. Jeder Arbeiter erhält bei seinem Eintritt 1 eisernes Bettgestell, 1 Seegrätmatte, 1 Seegraskissen, 2 wollene Decken, 1 Leibzeug, 1 Leintuch, 1 Stuhl, einen Kasten. — Für diese sämtlichen Gegenstände ist der Gutsbesitzer verantwortlich und hat dieselben beim Abgang dem Hausmeister wieder abzuliefern. Den Wert etwaiger fehlender oder beschädigter Gegenstände muss er ersehen. — Für Ordnung in den Stuben hat ein Stubenwächter zu sorgen. Die Stuben müssen jeden Tag ausgekehrt und gesäuert werden. Jeder Stuben-Wächter hat die Leute abwechselnd zu bestimmen. — Jeder muss früh, ehe er zur Arbeit geht, sein Bett ordentlich machen. — Um 10 Uhr Abends wird die Herberge geschlossen, zu spät kommen darf dem Hausmeister beim Aufschließen 20 Pfsg. zu entrichten. — Auch müssen um 10 Uhr sämtliche Lichter gelöscht werden und hat von da ab vollständige Ruhe zu herrschen. Waffensfabrik Mausser." — Diese "Herberge" wird hier im Volksmund "Kaserne" genannt und ist mit diesem Wort das innere Wesen derselben schon genügend gekennzeichnet.

net. Ein Arbeiter sollte sich nun gegen die Haushaltung dieser "Herberge" verstoßen haben, wurde vom Hausmeister Metzger bei seinem Meister in der Fabrik verklagt, vor denselben zitiert und in Gewissenshaft mit einem anderen Masernbewohner mit folgendem Urteilsgruß empfangen: "Ihr Lausbuben, wollt Ihr wohl Ruhe halten in der Herberge, aber ich werde Euch zur Fahrt hinaus zu." Der Arbeiter antwortete mit seiner Entbindung und bezog sich wieder zur Arbeit. Nun rannnte er ihm nach und eine Flut der gezielten Schimpfwörter ergoss sich nochmals über ihn. Dabei röch man den Alkohol noch auf zehn Schritte Entfernung. Es war dies einen Tag nach der ergötzlichen Kauserei zwischen diesem und einem anderen Meister, und mögen deshalb an diesem Tage die Beinhälter noch ihren Spül getrieben haben. Zum Schluss stellte es sich heraus, daß der Zuhörer das Opfer einer Denunziation geworden war, doch der beleidigte Meister hingegen natürlich keine Schäden darüber. Noch einiges über das in der Waffenfabrik eingeführte Lohnsystem. Den Meistern wird die Arbeit in Akord übertragen und hier geben diese wieder — je nach ihrem Gutdünken — in Taggeln oder Akord an ihre Arbeiter. Nur dabei möglichst viel herauszuschlagen, werden mitunter die verwerflichsten Mittel angewendet. Der Broet hält auch bei diesen "Heiligen" die Mittel. Herr Mauser aber würde sich ein Verdienst um die Menschheit erwerben und den Dank der Nachwelt, d. h. der Arbeiter, würde ihm werden, wenn er dieses Meistersystem abschaffen wollte und die Meister mit einem Fixum entlohnen würde. Freilich gibt es unter den Meistern auch humane, deren Männerstolz, deren Selbstachtung sich von den übrigen abhebt.

Offenbach. Am 11. Januar hielt die hiesige allgemeine Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1) Vortrag über die Elektrizität. 2) Gewerkschaftskongress. 3) Fragefassen. Nachdem das letzte Protokoll verlesen war, übernahm der Vorsitzende dem Kollegen Kühl zu dem Vortrag das Wort. Derselbe gab in seinem 1½-stündigen Ausführungen ein kurzes Bild über die verschiedenen Quellen der Elektrizität und des Magnetrusses. An der Hand der auf diesem Gebiete aufeinander folgenden Entdeckungen suchte der Vorvorsitzende mittels kleiner Skizzen die Entwicklung und Prinzipien der modernen Dynamo-Maschine zu erläutern. Nach Erwähnung verschiedener Konstruktionen der letzteren wurden kurz die Aufspeicherungsapparate, die sogenannten Akkumulatoren mit ihrer Anwendung erläutert. Zum Schlus wurden mittelst eines Induktionsapparats, der seinen Strom von einer galvanischen Batterie erhält, Gleichstromversuche angestellt, welche gute Resultate ergeben. Wegen vorgerückter Zeit wurde der zweite Punkt bis zur nächsten Versammlung verschoben. Sodann kam zum Schlus der Vortrag bei der Firma Reichenberg zur Sprache und wurde gefaßt, daß ein Kollege der damaligen Beiroffenen trotzdem weiter arbeitete. Die Angelegenheit wurde dem Vorstand übergeben. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Blauer'scher Grund. Am Sonntag, den 10. Januar, fand in der "Blauen Schänke" zu Döhlen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher der Vertrauensmann Schanze aus Dresden über den Nutzen und Zweck des D. M.-B. sprach. Kollege Schanze führte in seinem Vortrage den Nutzen und Zweck des Verbandes in kurzen klaren Worten an und gab außerdem noch einige sehr interessante Statistiken bekannt. So der darauf folgenden Debatte ging folgende Resolution ein: "Die heutige öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und hält es des schwachen Bruchs halber für zweckmäßig, eine energische Werktatagitation durch ein Fließblatt zu betreiben." Beim 3. Punkt wurden 3 Kritikoren gewählt, welche die erste Quartsabrechnung zu prüfen haben.

Neulingen. In der am 9. Januar abgehaltenen Versammlung der Verwaltungsstelle des D. M.-B. wurden die bisherigen Verwaltungsmitglieder fast sämtlich wiedergewählt. Bei "Verschiedenes" wurde angezeigt, daß man sich an den Sonntagen zu gemütlicher Unterhaltung in Wirthshäusern treffen sollte, was von allen Seiten befällig aufgenommen wurde.

Witten. Die Verwaltungsstelle des D. M.-B. hielt am 10. Januar eine Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1) Abzahlung der Beiträge, 2) Aufnahme neuer Mitglieder, 3) Verschiedenes. Nachdem die ersten Punkte erledigt, wurde das Protokoll verlesen, welches genehmigt wurde. Sodann entnahm sich eine kurze Debatte über die Errichtung einer Verwaltungsstelle in Annen. Die definitive Beschlusseinführung wurde bis zu nächster Versammlung verschoben.

Würzburg. Die hiesige Verwaltungsstelle des D. M.-B. hielt am 9. Januar ihre erste Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt ergab der vom Stellvertreter erstattete Kassenbericht ab 1. August mit 81. Dezember folgendes Resultat: Vom Schlosser-Fachverein überwiesen bekommen M. 3'72, 356 Beiträge à 15 M. = M. 53,40, 127 Beiträge von Durchreisenden 19,05, Beitrittsgeld von 80 Mitgliedern 9, Zuschuß von der Werkbankklasse 210, Gesamteinnahme 330,17. Meisteunterstützung ausbezahlt an 99 Durchreisende für 11,779 Kilometer M. 235,58, an die Verbandsklasse abgeschickt M. 30, Verwaltungskosten 28,49, Gesamtaufgaben 289,05, Kassenbestand 41,12. Die Mitgliederzahl ist 32. Die höchste Meisteunterstützung ist 4,90, die niedrigste 0,80, der Durchschnitt 2,88. Zum Punkt "Verschleben" erklärte sich die Versammlung mit der von der Vorstandshälfte in Nr. 2 der "Metallarbeiter-Zeitung" bekannten gegebenen Resolution einverstanden. Ein Antrag vom Kollegen Schuhne, daß alle Bekanntmachungen von nun ab in dem für hier neu gründeten Arbeiterblatte, "Unterfränkische Volksstimme", veröffentlicht werden sollen, wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, daß jedes Mitglied pro Woche 20 M. für die streikenden Buchdrucker während der Dauer des Buchdruckerstreiks beisteuert, wurde ebenfalls angenommen.

Augsburg. Am 9. Januar 1892, erhielten wir vom Genossen A. Bartels ein längeres Schreiben, in dem es heißt: "Lieber Freund Scherm! Durch wiederholtes Drängen seitens vieler Genossen sehe ich mich veranlaßt, Dir über den von Bremen durch Lübbemann eingefandene Versammlungsbericht in Nr. 51 der "Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" mitzuteilen, daß der Bericht thatzhäufige Unwahrheiten enthält. Es ist von Grenz nicht behauptet worden, daß der Metallarbeiter-Verband an der Unterstützung zu Grunde gehen würde. Grenz hat vielmehr den Metallarbeiter-Verband dahingehend in Schuß genommen, indem er in seinem Schlußwort wörtlich sagt, daß an der schwachen Unterstüzung nicht nur der Metallarbeiter-Verband frust, sondern die meisten jetzigen bestehenden Gewerkschaftsorganisationen und wäre die Neuerung (ich will Dir auch gestehen, daß ich mich in ähnlicher Weise so aussprach) befällig, denn nicht an der außerordentlichen Unterstüzung wurde der Metallarbeiter-Verband zu Grunde gehen. Und nun komme ich dazu, Dir zu berichten, was ich über diesen Fall wörtlich gesagt habe. Vorherrschend habe der Metallarbeiter-Verband seine Stärke in Süddeutschland, zu bedauern sei, daß der Metallarbeiter-Verband sich durch den derzeitigen Artikel König's habe hinreißen lassen, keine Meisteunterstützung, als nur an die, die dem Verband angehören, zu zahlen, wir hätten hier in Bremen bis dahin noch keine Ausnahme gemacht, und haben auch solchen Schlossern das Geschenk zuloinmen lassen, die dem Metallarbeiter-Verband angehören. Thatzhäufig sei aber, daß der Metallarbeiter-Verband seine Dauerunterstützung habe schon heruntergesetzt müssen (nach Aussage Guimel's) und wäre somit zu befürchten, daß der Metallarbeiter-Verband sich nicht auf die Dauer halten könnte." (Wir haben den Bericht j. B. genau aufgenommen, wie er uns zuging. Es ist ja leicht möglich, daß ein Verichtsteller sich einmal irrt, denn nichts weiter als ein Irrthum liegt vor, da die Verwertung ja doch gesessen ist. — Bei einem Nachberichten werden auch die Bremer Schlosser anerkennen müssen, daß der Metallarbeiter-Verband nicht an alle Metallarbeiter Unterstüzung leisten kann. Er hat diese Verpflichtung nur gegen seine Mitglieder. Ein solches zu werden, steht jedem Metallarbeiter frei. Das der Metallarbeiter-Verband sich durch einen Artikel von König habe bestimmen lassen, eine Meisteunterstützung an Nichtmitglieder zu zahlen, ist unrichtig. Es rügt bloß, daß einige Ortsverwaltungen hem Statut zu wider solche zahlen. Und das war recht. Der Metallarbeiter-Verband hat doch wahrlieblich auch keine Ursache, an Mitglieder von Konkurrenz-Organisationen Unterstüzung zu zahlen, deren Führer sonst kein gutes Haar an ihm lassen. Und die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind in der glücklichen Lage, nicht auf andere Organisationen bezüglich der Meisteunterstüzung angewiesen zu sein, indem der Metallarbeiter-Verband genügend Zahlstellen besitzt. Ad.)

Schlosser u. Maschinenbauer.

Halle a. S. In der am 10. Januar im Saale der "Moritzburg" stattgehabten Versammlung der Sektion der Schlosser, Dreher und Feuerzeugen hielt der Genosse D. einen befällig aufzunehmenden Vortrag über das Thema: "Die Gesundheitslehre und die Einwirkung des Nikotins und Alkohols auf den menschlichen Körper." Das Referat, über welches keine Diskussion stattfand, wurde mit Annahme folgender Resolution gutgeheissen: "Die heutige im Saale der "Moritzburg" tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten ein-

verständig und verspricht nach der Beschränkung, welche Meister in Betreff der Gesundheitslehre gegeben, zu handeln." Zum zweiten Punkt: "Abrechnung von Meiste- und Angestellten" wurde beschlossen, mit dem Ueberzähler des Vergnügens einer genügend großen Kollegen zu unterscheiden. Unter "Beschleunigung" wurde beschlossen, die nächststehende Mitglieder Versammlung mit einem darauf stattfindenden Gesellschaftssabend an einem Sonntag abzuhalten. Nachdem zum Schlus das Vorgehen der hiesigen Metallindustriellen in Betreff der Mayregelungen, resp. Entlassungen von mehreren Rednern scharf kritisiert worden, wurde die Versammlung mit einstimmiger Annahme folgender Resolution geschlossen: "Die heutige Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser, Dreher, Feilenhauer und verw. Berufsgegenossen verurtheilt mit aller Entschiedenheit das Vorgehen der hiesigen Fabrikbesitzer in Betreff der Mayregelungen mehrerer Kollegen, welche es nur gewagt haben, in gewerkschaftlicher Beziehung für ihre Interessen einzutreten. Zur besondere verurtheilt die Versammlung das Vorgehen des hiesigen Verbandsvorstandes des Vereins der Waffenindustriellen, Herr: Schimpf, welcher sich nicht entblößte, am sog. heil. Abend einen Familienvater von 4 Kindern aus der Arbeit zu entlassen. Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen jener Herren eine Handlungswweise, welche die Arbeiter zu Vergessen zu veranlassen geplant ist, die dieselben leicht mit dem Strafgecht in Konflikt bringen kann. Aus allen diesen Erwägungen erklärt die Versammlung, zu gegebener Zeit die hiesigen Metallarbeiter aufzufordern, sich gegen jene Maßnahmen zu revanchieren und vorläufig für die Unterstützung der aus der Arbeit entlassenen Genossen Sorge zu tragen."

Offenbach. Der hiesige Verein der Schlosser, Dreher und verwandter Berufsgegenossen hat sich aufgelöst und ist als Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer dem Metallarbeiter-Verband seit dem 1. Januar mit allen Mitgliedern beigetreten. Vereinslokal bei Herrn Märtner im Lindenwald, II. Herrnstraße. Alle 14 Tage findet Mitgliederversammlung statt. Einige Briefe sind zu richten an Karl Heim, Schillerplatz 8.

Feilenhauer.

Budapest. Der Zustand der Feilenarbeiter der Fabrik Hössmann und Kühlmann, welcher vom 7. Oktober bis jetzt währt, fand zum Nachteil der Arbeiter ein Ende. Trotzdem genügend Unterstützung aufgebracht wurde, siegte die benannte Firma doch. Wir glaubten allerdings gut abgesperrt zu haben, jedoch zeigten sich indifferente Feilenarbeiter genug, welche die Firma im Kampfe unterstützten, sodass wir jetzt, nachdem die Ausstände außerweitig untergebracht sind, die Sache als beschlossen betrachten müssen. Die Fabrikleitung wird sich jedoch das Sieges nicht sehr freuen, da wir vorläufig noch Herren der Situation sind, wenn die Sperre, welche unter solchen Umständen nicht aufgehoben werden kann, von den Feilenarbeitern allorts streng beachtet wird. Zu den bereits bekannt gegebenen Individuen, welche der Fabrik in ihrer Notbeharrung gesellten sich noch Michael Böckling aus Österreich, Franz Brauhardt aus Österreich, Zelinek aus Böhmen. Für die erhaltenen Unterstützung danken wir bestens, indem wir uns bewußten, uns dieser Stellung würdig zu zeigen. — **Abrechnung.** Einnahmen: freiwillige Sammlungen von den Fachgenossen in Budapest fl. 27,20, Beitrag der Arbeiterspreche in Budapest 38,42, Zentrale der österreichischen Feilenarbeiter 64, Feilenarbeiter in Budapest 42,88, do. in Weißkirchen 7, deutsche Metallarbeiter, Fürth 27,83, Metallarbeiter Berlins 57,60, Fachgenossen in Hannover 9,22, Winterthur 7, Kuckel 6,98, Rüthenberg 5,75, Bilbao 5, Essig 3, durch die Zentralstelle Wien von München 5,75, von Genossen Scharfius Wien 1, vom Organisations- und Agitationsfond der Feilenarbeiter Ungarns 11,92, Summa fl. 521. — Ausgaben: Unterstützung an die Aussteigenden fl. 461, an die Zentrale der österreichischen Feilenarbeiter in Wien zu deren Unterstützung 50, für Porto und sonstige Unkosten 10, fl. 521. — Ferner bringen wir allen Feilenarbeitern zur Kenntnis, daß als funktionierende Vertrauensmänner für die ungarnsäldischen Feilenarbeiter für das Jahr 1892 gewählt sind: für die ungarische Sprache Pal Kudics, Gömöri — ut 43, Thür 2; für die deutsche Sprache Gottlieb Klaus, Ludovizeumgasse 18, beide Budapest, wohin alle Anfragen zu richten sind.

Hohenberg (Österreich). Zur Sache der hiesigen Feilenarbeiter. Wie es allzeit schon durch die Presse bekannt ist, daß die Feilenhäftner Huthofes bei Hohenberg im Russland waren, hatten die südwestlichen Herren Direktor Stehrer und besonders der weltberühmte Herr Scheffel sich zur Pflicht gemacht, ziemlich neue Kräfte heranzubringen. Ja, aber wo hernehmen — die verfluchte Sperre, kein Feilenhäftner will

nicht trotz der besten Versprechungen nach Hohenberg kommen — halt, da mügten alle ausgebienten Invaliden Häftner, welche früher gearbeitet hatten, kommen, dann Schlosser, Tischlöhner, Holzknarre. Im Grunde wurden ca. acht Mann durch diese beiden Beamten zufammengetrieben, auch Feilenhauer wurden zum Häftner geworben unter Androhung der sofortigen Entlassung im Verweigerungsfalle. Aber alle zusammen konnten nicht harken, und so mußten diese beiden Herren das Verfehlte dieses Beginns einkämpfen. Feilenhauer, welche früher gehärtet hatten, wurden alle Augenblicke mit Zwangsmitteln und Drohungen diskuriert, und sie konnten sich nicht anders helfen, als sich alle zusammen solidarisch einzukämpfen, um für die Forderungen der Genossen einzustehen. Am 30. September überreichten die gefangenen Feilenarbeiter, Schleifer, Schmiede, Feilenhauer etc. Huthofe durch eine Denkschrift ein Memorandum, worin die Direktion erfuhr wurde, die Forderungen der Häftner zu bewilligen, andernfalls würde am 8. Oktober die 14-tägige Kündigung überreicht werden. Als Antwort wurde erklärt, daß vom 1. Oktober bis auf Weiteres die Zuwelt gesperrt sei für alle Arbeiter ohne Ausnahme. Auf dieses hin wurden die Arbeiter zum Streik gezwungen. Von den Häftnern hatten auch vier verschiedene Versammlungen unentgegnetlich inne, welche auch selbstverständliche geräumt werden mussten. Wo sollten aber die Häftner mit ihren Familien hingehen, die Wohnungen in Huthofe sind sehr rar und kostspielig. Die Arbeiter kontrollierten keine Wohnung nehmen. Über dem Direktor, der ein sehr menschenfreundlicher Mann ist, war die Sache gerade in seinen Händen passend, sofort ging er nach Ellersfeld und erkundigte sich, ob er nicht die Häftner aus den Werkwohnungen hinauswerfen kann, was ihm bejaht wurde; auf dieses kam der saubere Baron mit einer Menge Geusdarmen und wurde die Kündigung durch dieselben vorgenommen. Ein Familienvater mit 4 Kindern wurde spät Abends befohlen, wo die Kinder in den Betten schon schliefen. Der Postenschreiber Werner, welcher ein bekannter Feind der Arbeiter ist, riss sie unverhohlen aus den Betten und sie wurden erbärmlich gemacht. Gegen diesen Herren Postenschreiber wird jetzt wegen Dienstvernachlässigung die Disziplinarunterstüzung eingeleitet. Den Arbeiter gegenüber war er mehr als dienststündig. Bei der Deslogirung meinte er, ich haut's nur, daß wir fertig werden, wenn auch alles hin ist, die Arbeiter verdienst nicht anders, als daß man ihnen alles zusammahaut. Auch ein gewisser Göppel, ein Sozialistenfresser, welcher Haupt der Feuerwehr etc. ist, ist einer von den größten Maulhelden Huthofe und Hohenberg's, der sprach in demselben Sinne, daß die Arbeiter es so wollen und es so verdienen. Die Feilenhauer sehen sich gezwungen, da die Direktion ungefährlich vorzugehen ist, die Kompetente Behörde einzurufen, um eine Entscheidung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Während der größten Notlage hat Herr und Frau Singer, Gastwirth in Hohenberg, in edelster Weise gezeigt, täglich wurde eine Menge kleiner Kinder der Zusammensetzung von diesen Wackeren gespeist. Es war herzergreifend, wenn man die Kleinen sah, appetitlich essen sah. Es schürt einen den Alther und das Herz fröhhaft zusammen, wenn man bemerkt, wie diese Kleinen schon jetzt das Proletariat erlebend empfinden und fühlen müssen, ein Beispiel der Wirkung der modernen Ausbeutung. Dies die Lage der Feilenarbeiter von Hohenberg. Die selben machen alle Anstrengungen, ihre Lage zu verbessern. Mit welchen Erfolgen, davon soll nächstens berichtet werden.

Kaiserslautern. Kollegen, wir wollen euch eine Künstlerszene vorstellen, wie sie vielleicht in ganz Deutschland nicht mehr zu treffen ist. Meister Hoffmann will seine Leute in Stoß und Logis haben, aber nur eine halbe Stoß geben, so daß der Arbeiter, wenn er nicht bungern will, für sein eigenes Geld zahlen muss. In seiner Werkstatt ist im Winter eine solche Kälte, daß es bereits nicht zum Aushalten ist. Herr Hoffmann hält die Leute wahrscheinlich für Eisbären. Wenn schließlich auch Feuer gemacht wird, dann hat es keinen Zweck, weil Herr Hoffmann in seiner Werkstatt 8 Türen hat, welche er als Windfügel benutzt, denn alle 3—4 Minuten macht er die Munde, wobei die Türen immer offen bleiben. Ein Arbeiter soll bei Herrn Hoffmann um 6—8 M. per Woche arbeiten, für ihn aber 25 M. verdienen; da hätte Herr Hoffmann allerdings gut Meister spielen, wenn er immer solche Arbeiter bekommen könnte. Was die Behandlung anlangt, so ist Herr Hoffmann darin weitsichtig. Wir wollen schließen, obwohl wir noch 20 Punkte anführen können.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Vereinigung.

In der Wahlkreiseinteilung (S. Nr. 3) muß es bei der 7. Abteilung außer Halle: Alte, heissen: Halle: Schlosser und Maschinenbauer u. v. W.

Gekanntmachung.

Zudem wir nochmals auf unsere den Gewerkschaften in Hallestadt betreffenden Bekanntmachungen in Nr. 2 und 3¹. Blattes hinweisen, theilen wir mit, daß alles zur Wahl nötige Material den Genannten Komitees zugesellt ist und erinnern wir, die Delegirten vorgelegenen Personen umgehend an diese bekannt zu geben.

Die Kosten für die Bezahlung des Kongresses werden, wie schon mitgetheilt, durch eine im Februar d. J. zu erhöhte Delegirtensteuer von 15 Pf. aufzubrachten und gelangen die hiezu nötigen Spaltungsmarken halbmöglich zum Verstandt.

Das Kassenbuch Nr. 14 853, ausgestellt auf Wilhelm Schwarze, geb. zu Büllstädt, eingetragen in Velbert, wird hierdurch für ungültig erklärt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Halle-Giebichenstein, Section der Formier, wird das Mitglied Rudolf Born, geb. zu Magerdorf am 29. Okt. 1871, Buch-Nr. 15 918, aus dem Verband ausgeschlossen.

Da mit dem Jahreschluss wieder eine Rechnungsperiode schloß, machen wir darauf aufmerksam, daß auf der Abrechnung nur die in den Monaten November und Dezember gemachten Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sein dürfen. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß **nur die im November und Dezember an die Verbandskasse gesandten Gelder aufgeführt werden, und daß alle nach dem 31. Dezember 1891 (vielleicht am Tage, wo die Abrechnung zusammengestellt wird) eingesandten Gelder auf die folgende Abrechnung (Januar und Februar) gehören.**

Es ist genau darauf zu achten, daß die Abrechnungen von der gesamten Ortsverwaltung unterschrieben und mit dem Ortsstempel versehen sind.

Die Vertrauensmänner der Orte, wo städtische Verwaltungsstellen nicht bestehen, haben gelegentlich der Aufstellung der Abrechnung in einer öffentlichen Versammlung der Verbandsmitglieder Revisoren wählen lassen, welche die Abrechnung zu prüfen und mit zu unterzeichnen haben. Die Thätigkeit dieser Revisoren erstreckt sich nur auf die Fertigstellung der Abrechnung, für die sie gewählt sind und ist **keine dauernde**.

Bielach werden von den Ortsbeamten für verlorene Mitgliedschaft neue, mit anderen Nummern ausgestellt. Dieses ist nicht statthaft, Ersatzblätter stellt nur der Vorstand aus.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß von den nachfolgenden Orten der Bzg. der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten ist: Feilenhauer von Chemnitz, Formier von Peine und Metallschläger von Dresden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Hauptkassiers

**Ed. Goldbach, Stuttgart,
Kurzestr. 3, part.**

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerkern, ob das Gelb überreisenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Getreimärkte und die Kongressproposita ist.

Mit kollegialem Gruss
Der Vorstand.

Gekanntmachung.

Der bisherige Vorsitzende des Ausschusses Gen. L. Emmel hat, durch Abreise von Frankfurt a. M. gezwungen, sein Amt niedergelegt und ist aus dem Ausschuß ausgeschieden.

Im Einverständniß mit dem Vorstand wurde an dessen Stelle Genosse Karl Berger zum Vorsitzenden gewählt, so daß der Ausschuß sich jetzt, mit dem neu hinzugewählten Genossen Aug. Froschner folgendermaßen zusammensetzt:

Karl Berger, Vorsitzender.
August Froschner, Schriftführer.
Georg. Hamberger, Besitzer.
Gustav Dörre
Gustav Gerold

Alle an den Ausschuß gerichteten Sendungen sind zu addressieren an:

**Karl Berger, Mechaniker,
Frankfurt a. M., Oederweg 83, IV.
Mit kollegialem Gruss
Frankfurt a. M., 17. Januar 1892.**

Der Ausschuß.

An die Metallarbeiter Thüringens.

Da ich von mehreren Orten trotz wiederholter brieflicher Anfrage noch keine Antwort betrifft der Anzahl der gewünschten Flugblätter erhalten habe, erfrage ich hierdurch noch einmal, mit in kürzester Zeit die Verstellungen zugunsten zu lassen, damit ich die Anfrage sofort stellen kann. Gleichzeitig möchte ich auf den Besuch der Erfurter Konferenz betrifft Deckung der Kosten ausführlich und bitte alle Kollegen, denselben nachzukommen.

Mit kollegialem Gruss
Paul Gebauer,
Altenburg, Eisenstraße 5/1

An die Metallarbeiter der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten.

Als Votum zur Abhaltung der Konferenz ist Gaulmann's Restaurant, Gartengasse 10 bestimmt worden und findet die Konferenz v. m. 30. November bis 3. Uhr zu statt. Wir ersuchen namentlich die Genossen des Herzogthums Anhalt Delegirte nach Halle zu entsenden, es wird ja dann auch viel eher möglich sein, ein einiges Maß in der Provinz Sachsen und im Herzogthum Anhalt zu erreichen. Auf zur Konferenz nach Halle o. S.!

An die Arbeitnehmer Preußens!

Kollegen! Angesichts der Thattheile, daß sich die ohnehin so traurigen Verhältnisse unserer Branche von Tag zu Tag verschletern, und gegenwärtiger der immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit, welche wiederum eine Folge der übermäßigen langen Arbeitszeit ist, die zumal in der Provinz noch 11 bis 12 Stunden und darüber besteht, wo obendrein noch wahre Hungerlöhné gezahlt werden, während auf der anderen Seite die von den Unternehmern an uns gestellten Ansprüche täglich wachsen, — erwarten wir es als Pflicht der denkfähigen und zielbewußten Kollegen, allerorts in einer Agitation für die Befreiung der bestehenden Streitverhältnisse einzutreten. Ihr, die Ihre Eure Lage erkannt habt, rüttelt die Kollegen aus ihrer Lethargie auf, entzieht sie jener verderblichen Harmoniebusse, die durch den deutschen Uhrmacherschiff-Verband aufs Neue genährt wird; organisiert sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Läßt das neue Jahr nicht abermals ungenützt an Euch vorübergehen, die Zeit drängt mit Nachdruck vorwärts, lacht Euch nicht zurück vor der Schwierigkeit einer solchen Aufgabe. Eure heiligste Pflicht ist es, mit ganzer Kraft für dieses Ziel einzutreten; ist erst der Anfang gemacht, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Die unterzeichnete Kommission ist bereit, Euch in diesen Vorhaben zu unterstützen, und werden zu diesem Zweck die Kollegen allerorts erzählen, sich mit Unterzeichnung in Verbindung zu setzen.

Mit kollegialem Gruss
Die Agitationskommission der Berl. Uhrmacher.

S. A.: Otto Räther,
Berlin NW, Lützowstr. 8.

Alle Arbeiterblätter werden um Address gebeten.

Anträge zum Gewerkschaftskongress. (Fortschreibung.)

Deutscher Schneider- u. Schuhmacher-Verband, Tilitz Berlin.

Organisationsplan.

Im ersten Theile (von den Zentralvereinen handeln) gleich dem Entwurfe der Generalkommission unter Hinzuftügung des Satzes: "Den Billaten ist die mögliche Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit zu lassen und sind dieselben nur insofern von der Zentralverwaltung abhängig, als dieselben einen auf den Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften festzuzeichnenden prozentualen Beitrag ihrer Einnahme zur Leistung der Zentralgeschäfte abzuführen haben."

Agitation.

Um eine Überbrückung zwischen den organisierten und unorganisierten Berufsgenossen herzustellen, andererseits um etwaigen Eingriffen zu begegnen und die Gefahren, welche Auflösungen mit sich bringen, abzuwandeln, ist das Verhandlungsmannschaften der einzelnen Gewerke anzurufen. Dasselbe ist durch kleinere Formen mit den Vereinigungen in Verbindung zu bringen und steht also getrennt da. Das einzige Bindeglied ist die Fachpresse. Diese ist nicht das Organ der Vereine, sondern das gelehrte Band, welches alle Arbeiter und Arbeitnehmer des Gewerbes gemeinsam ver-

bindet. Um den planlosen Neugründungen neuer Blätter vorzubeugen, taugen die verwandten Gewerke ein gemeinsames Brief-organ, welches so eingerichtet sein muß, daß den Interessen der einzelnen Gewerke Rechnung getragen wird. Die einzelnen Fachpresse dienen gleichzeitig dazu, die nötigen Bekanntmachungen der Generalkommission zu veröffentlichen und sind dieselben als Publicationsorgane der Organisationen der verschiedenen Berufszweige zu empfehlen. Die Gewerkenmänner haben eine planmäßige Agitation zu entfalten und alle im Rahmen der zentralisierten Vereine nicht durchzuführenden Maßnahmen zu erledigen.

Generalkommission.

Zur Verkehrsleitung einer einheitlichen Regelung berühren Angelegenheiten, an denen alle Berufszweige gleichmäßig interessirt sind, keine aber für sich zu deren Regelung im Stande ist, wird eine zentrale Föderation, die Generalkommission, gebildet. Dieselbe steht vollständig außerhalb der Vereine und besteht aus sieben Vertretern, welche auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress zu wählen sind.

Aufgaben der Generalkommission.

a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;
b) die aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterschaft zusammenzustellen;
c) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
d) in bestimmten und dringenden Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Gewerkschaften der einzelnen Gewerkschaften bei Streiks aus einem zu schaffenden Generalfonds Unterstützung zu gewähren.

Arbeitssekretariat.

Überzeugt von der Notwendigkeit einer Zentralstelle für alle die Arbeiterschaft international berührenden Fragen, wird die Gründung eines nationalen Arbeitssekretariats beschlossen. Die Funktionen deselben werden der Generalkommission übertragen und hat dieselbe im Rahmen der Verträge der internationalen Arbeiterkongresse zu handeln.

Gewerkschaftskartelle.

Um die Erzielung der gleichmäßigen Interessen der einzelnen Gewerke eines Ortes oder Industriezirkels einheitlich zu gestalten, sind in öffentlichen Versammlungen Vertreter und Vertreterinnen aus den einzelnen Branchen zu wählen; dieselben haben alle gleichmäßigen Angelegenheiten, namentlich in Bezug auf Agitation, Streiks, Belegschafts-Ausprägungen, Lokalausgelegenheiten, Wahlen zu den Gewerbebegehrten u. s. w. zu erledigen; ferner haben dieselben alle von der Generalkommission als im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft anerkannten Maßnahmen mit zur Durchführung zu bringen und dieselbe in ihren Verstrebnungen zu unterstützen. Die Gewerkschaftskartelle der einzelnen Orte oder Industriezirkels sind verpflichtet, dem nationalen Arbeitssekretariat die Ergebnisse der Erhebungen ihres Ortes oder Bezirkss perodisch mitzuteilen.

Agitationskommission der Schneider und Schuhmacher Leipzig.

Die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation bilden die Zentralverbände verwandter Berufszweige.

Zum Entwurf sind in der Abtheilung Organisation der deutschen Gewerkschaften im dritten Absatz die letzten Worte „so für die Zentralvereine als solche Schwerpunkte bestehen“, sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen.

Unter „Aufgaben der Zentralvereine“ ist dem Pausus 2 hinzuzufügen: „ferner an solche, welche durch unverhülfete, unvorhergesehene Fälle in Not gerathen sind. (Besonderslich der Lederer sind von der Zentralleitung nähere Bestimmungen festzulegen.)“

Unionen.

Die Zentralvereine der verwandten Berufszweige verbünden sich unter einheitlicher und aus Vertreternmitgliedern sämtlicher dabei in Betracht kommenden Verbände bestehender Beziehung zu sog. Unionen.

Dieselben bilden in ihrer Gesamtheit den alleinigen, bestimmenden und ausschlaggebenden Faktor der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Zur Erledigung und Handhabung aller Geschäfte und derjenigen Angelegenheiten, bei welchen alle Unionen gleichmäßig interessirt sind, wird auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress ein Weidträgerführer als auszuführende Person gewählt, an dessen Seite je ein Unionenvertreter gestellt wird.

Aufgaben der Unionen.

a) und b) in der von der G. R. vorgelegten Fassung;

c) Streiks, welche innerhalb der zur befreitenden Gruppe gehörenden Industrie-

zweige notwendig werden und Ansicht auf Erfolg haben, von den einzelnen Berufszweigorganisationen aber nicht wirksam geschafft werden können und nachdem sie von der Union genehmigt sind, auf gemeinschaftliche Kosten zu führen. Letztere sind im prozentualen Verhältniß zur Stärke von allen unter ihnen gehörenden Einzelorganisationen auszuwirken;

d) das Wort „möglichst“ zu streichen.

Aufgaben des Geschäftsführers.

Derselbe hat die Aufgabe, mit Hilfe der Unionvertreter:

a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

b) die Preisbildung der Unionen, sowie die nötigen rechtzeitigen Bekanntmachungen in der Tagespresse zu machen;

c) und d) in der Fassung des Entwurfs der Generalkommission;

e) ganz streichen.

Die Meinung, daß Centralvereine, welche keiner Union angehören, durch Abgabe von 2 Prozent der Einnahme von 15 S. Werkenbeitrag an den Geschäftsführer s. f. der Gewerkschaftsorganisation anschließen können, ist zu streichen.

Verband der Hosenarbeiter und Verband der Werkstarbeiter.

Dem Organisationsentwurf der Generalkommission soll in dem Absatz, welcher lautet: „Die Grundlage der gesamten Gewerkschaftsorganisation bildet der Zentralverein der einzelnen Berufe“, folgender Satz angefügt werden: „Hebo& sind die Organisationen, in denen sich verschiedene Berufszweigvereine zu einem Zentralverband zusammengeschlossen haben, in erster Linie in der gegebenen Form zu erhalten und für deren Ausdehnung zu agitieren.“

Gewerkschaften Dresden.

In allen Organisationen ist, wo nicht die ausgedehnte Haushaltung zu groÙe Schwierigkeiten bereitet, nach längere Starzeit die Arbeitslosunterstützung einzuführen.

Zentralverband der in den Holzbearbeitungsbahnen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Die Feststellung eines Einheitsbeitrags muss unterbleiben, weil die Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufe zu verschieden ist.

Unter „Aufgabe der Unionen“ ist dem Absatz b hinzuzufügen: „Das Organ erhält jedes Mitglied zweit.“

Unterstützungskreis der Ausgewanderten Deutschlands.

1. Den jetzt auf 3 S. festgesetzten, bis zum Kongress gültigen Quartalsbeitrag auf 10 S. von da ab zu erhöhen.

2. Ausstände nicht organisierter Arbeiter dürfen von Seiten der Generalkommission mit Gewerkschaftsgeldern nicht unterstützt werden.

3. Anteilen zum Zweck der Unterstützung von Streiks dürfen nicht aufgenommen werden.

4. Wir beantragen die Wahl einer Revisionskommission aus fünf Mitgliedern bestehend.

Diese soll lediglich

a) die Abrechnungen, Belege für Einnahme und Ausgabe der Generalkommission prüfen;

b) die Gehälter für die häufig in der Kommission thätigen Mitglieder festzlegen;

c) für etwaige Versäumnisse der Kommissionmitglieder die Entschädigungsfaute bestimmen.

Verband der Bäder.

Der Resolution der Halberstädter Konferenz betrifft der Unterstützung von Streiks ist folgender Zusatz zu geben:

1. Nur Angrißstreiks solcher Gewerke und Industrien werden unterstützt, in welchen noch keine regelmäßige Arbeitszeit durchgesetzt ist.

2. Streiks in den Nahrungsmittelbranchen werden nur in den ersten 14 Tagen unterstützt.

Resolution.

In Erwägung, daß es zum vollen Durchbruch der Gewerkschaftsbewegung unumgänglich nötig ist, daß alle Gewerke und Industriezweige in die Bewegung gezogen werden, erklärt es der Kongress für Pflicht der Delegirten, sowie aller zielbewußten Arbeiter überall dahin zu wirken, daß die noch nicht genügend oder gar nicht organisierten Branchen wie Bäder, Müller, Schlachter u. s. w. zur Organisation herangezogen werden.

Insbesondere erklärt es der Kongress für notwendig, daß bei etwaigem gemeinsamen Vorgehen der Nahrungsmittelarbeiter zur Erringung einer geregelten Verdienstes u. s. w. dieselben allerwärts und von vornherein mit aller Kraft in praktischer und moralischer Hinsicht unterstützen werden.

Verein deutscher Schuhmacher. Zahlreiche Straßburg i. E.

1. Die förmlichen zentralisierten Vereine und eingeschriebenen Hilfsstellen eines Ja-

